

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Rauchverbot in Gastbetrieben

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Anlässlich der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ hat sich die Stadt Graz am 16. September 1992 dazu bekannt, Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitsförderung zu setzen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Nikotinabhängigkeit, die laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation aus dem Jahr 2002 in Europa und weltweit die wichtigste Todesursache ist.

Die medizinische Forschung hat in den letzten Jahren überzeugende Beweise für die Gesundheitsgefährdung von Nichtrauchern durch Passivrauch erbracht. Verschiedene Länder Europas haben auf diesen Umstand dahingehend reagiert, dass das Rauchen in öffentlichen Räumen und Gastbetrieben verboten wurde.

Auch der österreichische Gesetzgeber hat die Gesundheitsgefährdung durch Passivrauch anerkannt, indem er im Tabakgesetz und im Arbeitnehmerschutzgesetz Rauchverbote in öffentlichen Räumen und zum Schutz der Arbeitnehmer angeordnet hat. In öffentlichen Einrichtungen ist demzufolge Rauchen nur in geschlossenen Räumen erlaubt, aus denen der Rauch nicht in die der Allgemeinheit zugänglichen Räumlichkeiten dringen kann. Eine Belastung von Nichtrauchern durch Passivrauch am Arbeitsplatz ist untersagt. Vom Rauchverbot ausgenommen sind allerdings Gastbetriebe.

Die Österreichische Bundesregierung hat am 28. Juli 2003 die WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle unterzeichnet.

Der Grazer Gemeinderat und die Stadtregierung wurden in dieser Periode mehrmals mit Anfragen und Anträgen zu diesem Thema befasst. Das „Grazer

Gesundheitsforum“ hat sich mit dem Arbeitskreis „Rauchen“ einen Schwerpunkt gesetzt.

Angesichts des hohen Stellenwertes einer nicht belasteten Atemluft in der Öffentlichkeit ist weiters auf folgende Umstände hinzuweisen:

- Die Gesundheitsgefährdung durch Passivrauch übersteigt deutlich das Gefährdungspotential durch die winterliche Feinstaubbelastung.
- Rauchen ist die wichtigste Feinstaubquelle in Gaststätten und Bars, wobei Staubkonzentrationen von $400 \mu\text{g}/\text{m}^3$ nicht unüblich sind und sogar Spitzenwerte von $1300 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gemessen worden sind. Im Vergleich dazu, der EU-Grenzwert für Feinstaub ist $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und wir sperren die Stadt für einen Teil des Verkehrs bei 75.
- Tabakrauch enthält zirka 70 krebserregende Stoffe.
- Es besteht eine deutlich erhöhte Risikoerhöhung durch Passivrauch am Arbeitsplatz für Herzinfarkt, Lungenkrebs und für Schwangere wie zum Beispiel Fehlgeburten, Störung der frühkindlichen Entwicklung, plötzlicher Kindestod, frühkindliche Krebserkrankungen.
- Passivrauchen am Arbeitsplatz verursachte im Jahr 2001 in Österreich 1400 Todesfälle – keine andere Luftverunreinigung an Arbeitsplätzen ist so gefährlich.
- Lüften ist wirkungslos - pro Sekunde und Raucher müssten 50m^3 Luft ausgetauscht werden, um das Krankheitsrisiko wieder zu beseitigen – das heißt ein Orkan müsste durch die Gastwirtschaft, die Bar oder die Diskothek jagen.
- Rauchen durch den Lenker eines Kfz gefährdet die Verkehrssicherheit und schädigt mitfahrende Personen, so ist beispielsweise das Rauchen in Kraftfahrzeugen in Norwegen verboten. Daher wäre zu prüfen, ob auch ein Rauchverbot in Kraftfahrzeugen erlassen werden soll.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der ÖVP den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die Österreichische Bundesregierung aufgefordert wird, Maßnahmen zu setzen mit dem Ziel, ein generelles Rauchverbot in

Gaststätten, Bars, Diskotheken, Buschenschenken, Tankstellen, Ballveranstaltungen und anderen öffentlich zugänglichen Veranstaltungen, die nicht unter freiem Himmel stattfinden zu erwirken sowie den Erlass eines Rauchverbots in Kraftfahrzeugen zu überprüfen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Also, lieber Professore, lieber Heinz, ich beglückwünsche dich zu diesem dringlichen Anliegen, des, glaube ich, ein dringliches Anliegen von uns allen sein muss; wie wir alle wissen, ich ergänze dies nur, ist ja vor allem bei den jungen Leuten seit den 80er-Jahren sowohl was das Einstiegsalter betrifft als auch die Zunahme bei Knaben und Mädchen betrifft, von jüngstem Alter an, eine gewaltige Zunahme erfolgt und die Gefährdung, die du geschildert hast, für Gesundheit, Leib und Leben ist gewährleistet. Es sind ja inzwischen 11 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, noch zu nennen Neuseeland, Uruguay und viele Bundesstaaten der USA, Kanada und Australien, die inzwischen rauchfreie öffentliche Einrichtungen und rauchfreie Gastronomie eingeführt haben. Ich habe mich selber überzeugt vergangenes Jahr in Irland, dass das offensichtlich in Bars und Puls weder die Umsätze schmälert noch Schwierigkeiten bereitet, ähnliche Entwicklung höre ich auch aus Norwegen und es berichten ja auch Beobachtungen aus den USA, insbesondere auch aus Kalifornien, dass die Einführung rauchfreier Restaurants und rauchfreier Bars zum Beispiel in Kalifornien fast eine Viertelmillion neuer Arbeitsplätze in der Gastronomie geschaffen hat und selbst die Italienerinnen und Italiener, die ja bekanntlicherweise ja nicht gerade immer geziehen werden, dass sie so diszipliniert seien, haben sich 500.000 Italienerinnen und Italiener inzwischen das Rauchen abgewöhnt, 90 % befürworten das Verbot und das gilt auch für Österreich, das ist eine klare und deutliche Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen, die rauchfreie Lokale wünschen. Und wenn man schon immer redet von der Feinstaubbelastung, wir alle wissen, dass Tabakfeinstaub die größte vermeidbare Gesundheitsgefährdung ergibt und in dem Sinne liegt es in der Linie des Landes Steiermark, das ja initiiert von dem steirischen Gesundheitsreferenten Mag. Helmut Hirth dazu geführt hat, dass sich insbesondere der Landtag in den letzten Monaten sehr intensiv damit beschäftigt hat in Ausschüssen mit Fachfrauen und Fachmännern und es zu einer gemeinsamen

Beschlussfassung am 12. Dezember im Landtag gekommen ist. Wir wollen uns gerne dieser Linie in Richtung Bund anschließen und wünschen uns eine entsprechende Regelung auch von Bundeseite. Dies ist der Wunsch an die neue Bundesregierung. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Monogioudis**: Ich bedanke mich auch beim Herrn Gemeinderat Dr. Hammer. Ich habe, nachdem der Steiermärkische Landtag damals sich einstimmig dafür ausgesprochen hat, an die Bundesregierung dieses Ansinnen zu richten, ja schon große Hoffnung gehabt und diese Hoffnungen sind nach den Aussagen der neuen Gesundheitsministerin leider wieder etwas geschwunden. Aber ich denke, man darf da einfach nicht nachlassen, es kann nicht so sein, dass es Berufsgruppen gibt, für die dieser Schutz nicht gilt, also es ist ja jetzt schon so, dass man nicht kann in einem Büro die anderen da einrauchen und das Zimmer vollpofen aber in Gaststätten ist das anscheinend als wäre das eine Selbstverständlichkeit. Und ich habe es selbst erlebt in Italien, es ist wirklich nicht ein Problem, es ist kein Problem, die Leute gewöhnen sich ganz, ganz schnell und es ist für Nichtraucher viel angenehmer, ein Lokal aufzusuchen, wenn man dann in einer guten Luft essen, trinken und zusammensitzen kann, dass eigentlich alle etwas davon haben. Also, ich glaube, dass ist eine ganz wichtige Sache (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu all dem, was bereits gesagt wurde wird gerade im Zusammenhang mit dem Rauchen immer die Freiheit angesprochen. Ich habe als Nichtraucherin nicht die Freiheit, nicht eingepofelt zu werden und wohl wissend, dass unsere Fraktion im Nationalrat diesen Zugang ein bisschen anders sieht, habe ich mir die Freiheit herausgenommen und das in unserem Klub freigegeben, jeder soll nach seinem Zugang hier entscheiden, und ob Sie es glauben oder nicht, es werden alle vier für die Dringlichkeit und für diesen Antrag stimmen (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Dr. **Hammer**: Ich möchte mich wirklich bei allen bedanken, dass über die Fraktionen diese Zustimmung ist, ich bedanke mich Speziell bei jenen, die mit der Unterstützung dieses Antrages im Dienste des Gesundheitsschutzes sich selbst möglicherweise eine schwere Einschränkung auferlegt haben, dass sie diesen Antrag mittragen und ich richte an Sie die Bitte, dass Sie auch in Zukunft in Ihrem Handeln, Tun und in Ihrer Umgebung diesen Gedanken weitertragen (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Mehr Behutsamkeit bei der Sanierung der Grazer Fußgängerzone

GR. Mag. **Titz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Titz**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein Antrag schließt an auch auf das erfreulich Ergebnis, dass wir in Graz bald ein zweites Weltkulturerbe haben, nämlich das Schloss Eggenberg, und auch zukünftig stolz sein können auf dieses Attribut Weltkulturerbe der Altstadt von Graz. Worauf wir weniger Stolz sein können, ist der Straßenzustand in den Grazer Fußgängerzonen. Und das ist doch ein Bild, ich als Innenstadtbewohner nehme das tagtäglich war, wie viel Bürger sich auch daran stoßen und nicht nur optisch daran stoßen, wie die Fußgängerzonen ausschauen, sondern auch gleich darüberstolpern, in welche Buckelpiste sich die Herrengasse und die angrenzenden Bereiche der Innenstadt in den letzten Jahren verändert haben. Gegenstand meines Antrages ist also die teilweise, ich betone teilweise, inakzeptable Straßenerhaltung in den Grazer Fußgängerzonen.

Es ist alljährlich immer mit Einsetzen der kalten Jahreszeit, dass hier ein regelrechter Hindernislauf beginnt, vorbei an den Stangen und den Schildern mit Belagschädenaufschriften und drüber über Hügel und Mulden, die durch die Ausbesserung mit dem Kaltmischgut entstehen. Es ist natürlich die Belastung dieser Schieferplatten, der Stainzer-Schieferplatten und der Granitplatten durch die Fahrzeuge, die Anrainerverkehr, Zulieferverkehr bieten, eine große, aber dennoch meine ich, dass man hier einfach in der Prachtstraße von Graz und im Innenstadtkern, in der unmittelbaren Altstadt mit höchster Sensibilität in der Sanierung vorgehen sollte und ich habe es mir verkniffen, Ihnen Bilder davon mitzubringen, weil ich glaube, Sie alle gehen wachen Auges auch durch die Stadt und einfach ein paar Schritte vor das Rathaus reichen schon, um zu sehen, dass ich nicht übertreibe, es ist fast ein Drittel der Steinplatten, egal ob es der harte Granit ist oder der Schiefer, fast schon zu Tode saniert, durch diese patzerweise Aufbringung des Kaltmischgutes. Es ist wirklich kein Bild der Verheerung, aber ein Bild der Verteerung, das so schön langsam in der Innenstadt einsetzt. Stainzer-Platten - Kaltmischgut, Granitplatten - Kaltmischgut, Katzenkopfpflaster – Kaltmischgut und das ist wirklich für Auge und Beine unzumutbar, nicht nur für alte Menschen, man sieht auch genug jüngere mit elegantem Schuhwerk, wie sie in der Innenstadt dahinstolpern. Jetzt kann man natürlich sagen, in einem Bereich wie zum Beispiel, wenn sie zum Grazer Dom hinaufschauen, wo bei weitem die Belagsschäden auf diesem alten Pflaster größer sind, muss halt der Bürger besser aufpassen, wenn er spazieren geht, aber wenn wir schon sanieren, wenn wir uns schon der Straßenerhaltung in der Innenstadt annehmen, dann sollten wir das auf jeden Fall in einer sensibleren Weise tun. Wer bei den Arbeiten frühmorgens in der Fußgängerzone zuschaut, und ich mache das ganz gerne, bekommt auch den Eindruck, dass die Auswahl der zu sanierenden Platten nach dem Zufallsprinzip erfolgt. Es sind nicht die echten Wackelsteine, die saniert werden, sondern oft nur wenig abgesplitterte Platten, auf die dann so viel von diesem Kaltmischgut aufgebracht wird, bis ein veritabler Hügel entsteht. Werden dann dagegen Platten total entfernt, geht man dort den umgekehrten Weg und bringt wieder so wenig Kaltmischgut ein, dass eine Mulde sich bildet.

Dass es auch anders geht, technisch vernünftiger und kostengünstiger, das zeigen auch schon jüngste Sanierungen, es wird zur Zeit Sand aufgebracht, der in den

Fugen sich festsetzt, das ist, wie mir also Techniker versichert haben, eine kostengünstige, ganz richtige kurzfristige Lösung, aber auch in Teilen der Hans-Sachs-Gasse weiß man sehr wohl, wie man es richtig macht, dort wurden Platten herausgenommen, der Untergrund saniert und neue Platten verlegt. Also mit ein ganz klein bisschen Mehraufwand ließe sich dieser völlig ungenügende, fast schon an russische Verhältnisse erinnernde Zustand ändern.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständige Stadtsenatsreferentin, Frau Wilfriede Monogioudis, wird aufgefordert, Ausbesserungsarbeiten von Belagschäden in der Herrengasse und ähnlich gestalteten Straßen und Plätzen in Grazer Fußgängerzonen an den nachhaltigen Grundsätzen der Notwendigkeit, der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit zu orientieren, sodass es vertretbar ist, Generalsanierungen, die notwendig werden, erst zu einem so spät wie möglichen Zeitpunkt durchzuführen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Martin! Ich verstehe dich als Kulturmenschen ja sehr gut, dass du dich sozusagen um die Prachtstraße in besonderem Maße einsetzt, es ist auch mir, mir stößt es sauer auf der Fleckerlteppich und die Form, wie dies hier gestaltet ist. Es geht mir nicht nur um die Knöchelchen von ehrenwerten Damen und exquisiten Schuhwerk, sondern es geht überhaupt um die Frage, wie wir dort das Schaufenster der Innenstadt gestalten, das ja schließlich Weltkulturerbe ist. Ich stimme mit dem Motivenbericht im Großen und Ganzen überein, was du da hier darzustellen versucht, vielleicht, wie ich mir aus den Wirtschaftsbetrieben sagen ließ, dies sei, glaube ich, nicht ganz korrekt, gemeint hast du wahrscheinlich mit der Sandauffüllung, dass das Sandbett gemacht werden möge und dort würden wieder diese Steine einzulagern sein, wie du ja auch die Hans-Sachs-Gasse als positives Beispiel angeführt hast. Aber ich möchte politisch seitens unserer Fraktion keinen

Schiefer einziehen bei den angeführten Platten, Schiefen und sonstigem, nämlich politisch keinen Schiefer einziehen. Mir wird aus den Wirtschaftsbetrieben mitgeteilt, es gäbe ein Schreiben der Stadtbaudirektion mit der Ankündigung, dass ab Beginn 2007 die Herrengasse generalsaniert werde. Jetzt überrascht mich das angesichts dieses dringlichen Antrages sehr. So sehr ich da inhaltlich mitgehen kann, ich würde bitte seitens unserer Fraktion, wir geben einmal der Dringlichkeit die Zustimmung, ich hätte gerne von der zuständigen Referentin gewusst, was Sache ist. Wenn es hier mangelnde Koordination gibt, hier Baudirektion, dort Wirtschaftsbetriebe, die sich nicht an einen Tisch setzen können, die nicht klären können, die sozusagen Schreiben bekommen, dass die Herrengasse generalsaniert wird und dann kriege ich einen Dringlichen auf dem Tisch, also mit der Vorgangsweise bin ich sehr unzufrieden. Deswegen man vorläufig von unserer Seite, die Dringlichkeit eine Zustimmung und bitte auch um Aufklärung, wir werden unser Stimmverhalten dann auch abstimmen, was jetzt inhaltlich vorliegt, ich hätte mir gewünscht, die beiden zuständigen Abteilungen des Magistrates würden mehr miteinander korrespondieren, sondern vor allem koordinieren, danke im Interesse der Innenstadt und der Herrengasse (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Wir auch.

GR. **Schmalhardt**: Wir auch.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRin. **Monogioudis** zum Antrag: Die Dringlichkeit des Themas ist zweifellos gegeben, der Inhalt des Antrages würde aber zur Lösung des Problems nichts beitragen. Im Zuge der Gleissanierung im Sommer 2005 wurde eine Beweissicherung von Schäden bei dem Natursteinbelag in der Herrengasse vorgenommen und dabei wurde festgestellt, dass 64 % dieser Platten hohl waren, das heißt, sie können sich lockern und brechen, 4 % waren bereits gebrochen und 1,5 % waren mit Asphalt damals schon wieder ausgebessert, wieder ausgebessert sage ich deshalb, weil im Jahr 2002, damals in Vorbereitung für das Kulturhauptstadtjahr, Platten eingepasst wurden und dann aber sukzessive wieder gebrochen sind. Also das hat über das Jahr 2003 gehalten, dann hat es wieder mit den Schäden begonnen. Also in der Zwischenzeit, auch seit 2005, seit dieser Beweissicherung sind weitere Platten gebrochen und mussten entfernt werden. Es müssen ständig Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden, es wird von den Wirtschaftsbetrieben ständig kontrolliert und ausgebessert, lockere Platten können manchmal wieder eingesetzt werden und werden dann mit Sand verfügt und vielleicht ist da irgendwie ein Missverständnis entstanden, weil Löcher werden von den Wirtschaftsbetrieben sicher nie mit Sand ausgefüllt und wenn Sie sich das vorstellen, wie das funktionieren könnte in der Herrengasse in einer stark begangenen Straße, da müsste jemand dabei stehen, der dann den Sand jeweils wieder in die Löcher zurückkehrt. Also ich bitte wirklich darum, dass man sich so etwas...,

GR. Mag. **Titz**: Frau Stadträtin, gehen Sie hinaus, es sind draußen 10 solche Sandfüllungen.

StRin. **Monogioudis**: Nein, sind sicher nicht.

GR. Mag. **Titz**: Gehen wir gemeinsam hinaus, ich zeige sie Ihnen.

StRin. **Monogioudis:** Nein, das ist sicher ganz anders als Sie das da schildern. Zumeist sind diese Platten aber nicht mehr zu befestigen, sie müssen dann entfernt werden und das Loch eben, wie schon geschildert, mit Asphalt aufgefüllt, das ist sicher keine schöne Sache, wenn man sich die Herrengasse so ansieht. Aber es gibt nur zwei Möglichkeiten, das eine ist, es wurde vorher schon das Projekt der Baudirektion erwähnt, das es gibt, das eigentlich einen Beginn 2007 vorgesehen hat für eine Neugestaltung der Herrengasse, wenn dieses Projekt nicht verwirklicht werden kann aus irgendwelchen Gründen finanzieller Art, dann gibt es nur die zweite Möglichkeit, die zweite Möglichkeit ist zu asphaltieren, anders kann man einen Fleckerlteppich in der Herrengasse nicht verhindern. Wir können jetzt nur schauen, dass wir ständig beschädigte Platten entfernen, aber das kann natürlich keine Dauerlösung sein. Der angesprochene Bereich in der Hans-Sachs-Gasse, der von Ihnen so positiv erwähnt wurde, da verhält es sich gänzlich anders, da wurde nämlich nach dem Umbau bei der Buchhandlung Moser eine Baufirma im Zuge des Wiederherstellungsverfahrens, der Wiederherstellungsverpflichtung wurde dort beauftragt, großflächig zu erneuern. Also, das heißt, das ist eine ganz andere Vorgangsweise und da geht es auch nicht um das Ausbessern von Löchern

Mag. **Titz:** Ich spreche von vier Platten am anderen Ende der Hans-Sachs-Gasse, Frau Stadträtin.

StRin. **Monogioudis:** Also ich kann nur noch einmal sagen, seit Mitte 2006 wird in der Baudirektion an dem Projekt Neugestaltung der Herrengasse gearbeitet, es gibt Rohkostenabschätzungen, es gibt Aussagen über mögliche Bauzeiten und die Baudauer und das ist der einzige Weg, um wieder zu einer schönen Herrengasse zu kommen. Zweckmäßig und wirtschaftlich ist es nicht, wenn man jetzt ständig mit irgendwelchen Maßnahmen versucht, das Ganze hinauszuschieben und schon gar nicht wäre es zweckmäßig und wirtschaftlich, wenn man jetzt Platten wieder dort einpasst, die über kurz oder lang dann sowieso, weil das natürlich kein stabiler Untergrund dann sein kann und das Ganze nicht hält, die dann über kurz oder lang

wieder kaputt wären. Also, da verstehe ich wirklich nicht, was Sie mit Ihrem Antrag bezwecken (*Applaus KPÖ*).

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! Wir haben jetzt eine etwas sehr eigenartige Situation, da liegt ein Antrag vor, die zuständige Stadträtin sagt das eine, der Antragsteller sagt das andere, ich habe jetzt einmal einen unkonventionellen Vorschlag, müssen wir dann klären, ob das möglich ist, ich würde beantragen, den Gemeinderat für zehn Minuten zu unterbrechen, um einen Lokalausweis in der Herrengasse durchzuführen. Wäre eine Idee, denn dann könnten wir das einfach klären, wie das wirklich aussieht da unten, bevor man da über Dinge redet und der eine behauptet das und der andere da, und Journalisten sind ja auch noch da und wir könnten uns das jetzt alle gemeinsam anschauen, wie das aussieht.

Zwischenruf GRin. Gesek: Ja, unterbrechen wir doch.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Frau Gemeinderätin Gesek, alles nach der Reihe, Sie führen nicht den Vorsitz, den führe jetzt ich, die Frau Gemeinderätin Elke Edlinger ist am Wort.

GRin. **Edlinger**: Ja, nachdem der Herr Kollege Schönegger einen Vorschlag gemacht hat, habe ich vielleicht einen anderen Vorschlag, statt dass wir jetzt alle gemeinsam aufstehen und spazieren gehen, haben wir ja das Glück, dass der Herr Stadtrat Rüschi auch gekommen ist, vielleicht kann er das aufklären. Wir haben gehört von der Frau Stadträtin Monogioudis, dass seit Mitte 2006 in der Stadtbaudirektion an einem Projekt Sanierung Herrengasse gearbeitet wird, das hat für uns aber noch nicht die Information beinhaltet, wann ist Baubeginn und bis wann

ist die Sanierung fertig. Also wir tun uns im Moment wirklich ein bisschen schwer, wie sollen wir uns bezüglich dieses Antrages verhalten, deswegen würde ich einfach da um Auskunft durch den Herrn Stadtrat Rüschi bitten, weil dann, obwohl Spazieren natürlich sehr gesund ist, würden wir vielleicht dann früher zu einer Entschlussfassung kommen können.

GRin. **Binder**: Ich habe schon ein bisschen eine Schwäche für Kabarettistisches, aber es muss dann auch ein bisschen witzig sein. Also das mit dem Runtergehen finde ich irgendwie entbehrlich, weil jede und jeder von uns geht x-mal durch die Herrengasse und ich bin zwar noch nicht alt, gehöre aber auch nicht zu Jungen mit elegantem Schuhwerk, ich bin irgendwie die Sigi Binder mit einem sehr bequemen Schuhwerk und trotzdem stolpere ich auch immer wieder durch die Herrengasse, gebe ich zu, und soweit ich das jetzt mitverfolgt habe, behauptet hier in diesem Gemeinderat niemand, dass alles in Ordnung ist in der Herrengasse, niemand. Die Frage ist, ob jetzt mit diesem Antrag sozusagen das Auslangen gefunden werden kann, dass man die Herrengasse dann wirklich im Griff hat, also die Pflasterung der Herrengasse und ich möchte aber im Namen meiner Fraktion zu diesem dringlichen Antrag der ÖVP des Kollegen Titz möchte ich einen Zusatzantrag einbringen, den ich wie folgt jetzt vorlesen möchte: „Der Gemeinderat möge beschließen, die Wirtschaftsbetriebe, die Baudirektion und das Straßenamt werden beauftragt in Kooperation ein mittelfristiges Gesamtanierungs- und Finanzierungskonzept für die Grazer Plätze und sämtliche FußgängerInnenzonen zu entwickeln und dieses dem Gemeinderat zur Diskussion vorzulegen.“ Dann hätten wir nämlich das Problem, dass offenbar eh schon irgendwo gearbeitet wird, seit einiger Zeit, was du angesprochen hast, aber wir ja davon ja nichts wissen, dann hätten wir das Problem auch einmal gelöst. Danke.

GR. **Schmalhardt**: Meine Damen und Herren, werte Stadtregierung! Wir sollten ja doch wissen, dass es bei dieser Sachfrage eindeutige Zuständigkeiten gibt. Die Wirtschaftsbetriebe, als Eigenbetriebe und Auftragnehmer der Stadt Graz, sind für

die Instandhaltung und Erhaltung eines gewissen Zustandes, Straßenflächen, Park und Ähnliches zuständig, für die Sanierung ist eindeutig die Baudirektion, das Straßenamt in Form einer Projektabwicklung zuständig. Also die Wirtschaftsbetriebe können von sich aus eine Gesamtsanierung in der Herrengasse gar nicht durchführen und haben dazu die Kompetenz nicht. Die andere Geschichte ist, wie ich glaube, bei der Sanierung des Straßenbahnnetzes in der Herrengasse vor kurzem wurde verabsäumt, die längst fällige Generalsanierung der anschließenden Plattenflächen durchzuführen und das ist das Versäumnis, das man wirklich den Zuständigen vorwerfen und kritisieren muss. Inwieweit es ein Projekt des Herrn Stadtrat Rüschi bereits gibt, werden wir vielleicht heute noch hören (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt in Wirklichkeit nur die Erkundigung eingeholt, der Antrag vom Herrn Gemeinderat Schönegger war ernst gestellt, worüber wir dann auch abzustimmen haben. Dass ich das nur ohne Aufregung sagen möchte.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich habe jetzt die Aufregung insofern auch nicht ganz verstanden bezüglich eines koordinierten Konzeptes, das hier ausgearbeitet werden soll, sondern ich denke, nehmen wir das, was da ist. Es ist ein Antrag da, der davon ausgeht, dass er mit der laufenden Sanierung in der Herrengasse nicht zufrieden ist. Ich wiederhole die Worte von der Kollegin Binder, ich glaube, wir alle können das fast tagtäglich feststellen, dass die Platten damals offensichtlich nicht technisch geeignet, nicht sehr gut verlegt worden sind, möglicherweise war auch die Plattenwahl eine falsche, ist unbestritten, das heißt, die Herrengasse muss saniert werden, aber hier in diesem Antrag wird nicht mehr und nicht weniger gefordert, dass diese Sanierung technisch besser, möglicherweise sogar günstiger, gemacht wird. Und ich denke, das ist auch aus meiner Sicht tatsächlich eine sehr wichtige Frage. Ich sage auch, du hast persönlich, ich habe mich auch immer geärgert, wenn, wie mir immer wieder gesagt wird, einfach aus rechtlichen Gründen an allen Ecken und Enden der Herrengasse diese Tafel aufgestellt wird „Vorsicht Belagschäden“. Ich denke, so

kann eine Sanierungsarbeit auch nicht aussehen, indem man hinschreibt, hier gibt es Belagsschäden und was dann tatsächlich, ich übertreibe jetzt auch ein bisschen, an Sanierung geleistet wird, das sind eben die hügeligen Ausschüttungen von Teer, ich denke auch, dass man es sich durchaus überlegen kann, ob es hier nicht eine bessere Sanierungsmöglichkeit gibt. Das steht hier zur Diskussion und darüber müssen wir abstimmen. Bezüglich eines neuen Projektes, wir sind uns auch alle einig, da gibt es auch keine Differenzen, dass die Herrengasse neu belegt werden muss, dass neue Platten aufgebracht werden müssen, selbstverständlich ist das ein sehr, sehr teures Projekt, wir haben uns in der Stadtregierung sehr, sehr lange darüber unterhalten und haben ab dem Jahr 2008, lieber Karl-Heinz, man muss auch durchaus lesen können, nicht nur koordinieren, nicht nur 2007, sondern 2008 die Budgetmittel bereitgestellt sind, das heißt, das Projekt ist in Vorbereitung, es gibt auch völlig ausreichende, ich denke auch die anwesenden Vertreter der Wirtschaftsbetriebe werden das bestätigen, es gibt völlig ausreichende Koordinierungssitzungen und Koordination zwischen der Baudirektion und den Wirtschaftsbetrieben, es wird ab 2008 ein neues Projekt geben, das ist alles wichtig als Zusatzinformation, aber hier geht es um etwas anderes. Es geht darum, dass hier Unzufriedenheit ausgedrückt wird mit der Art und Weise, wie saniert wird in der Zwischenzeit und darüber soll abgestimmt werden. Ich stimme zwar nicht ab, aber ich bekenne mich zu diesen Antrag, ich glaube, jeder der mit offenen Augen durch die Herrengasse geht, wird selbst schon gedacht haben, hier ist eben in der Zwischenzeit, solange die Platten ausgewechselt werden, wahrscheinlich durchaus ein bisschen mehr Sorgfalt, was auch immer, ich möchte das jetzt auch weiter ausbreiten. Jedenfalls steht es eben zur Diskussion, ob das in der Zwischenzeit besser gemacht werden kann. Ab 2008 wird es das neue Projekt geben. Danke (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Monogioudis:** Also, wenn ich die Frau Gemeinderätin Binder richtig verstanden habe, hat sie nicht gesagt, sie ist nicht mit den Sanierungen zufrieden, sondern sie ist dem Zustand der Herrengasse nicht glücklich und das sind wir ja wohl alle nicht. Ich finde es nur ein bisschen komisch, wenn jetzt versucht werden soll, offensichtlich wird das Projekt, das wichtige und notwendige Projekt der Baudirektion,

ein bisschen nach hinten geschoben und wenn jetzt versucht werden soll, die Wirtschaftsbetriebe zum Sündenbock zu stempeln, weil nach Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit werden alle Arbeiten von den Wirtschaftsbetrieben durchgeführt, es gibt keine, die nicht nach diesen Grundsätzen durchgeführt werden. Also, was soll jetzt dieser Antrag, das frage ich mich schon und da heißt es ja, es soll eben diese Sanierungen an den nachhaltigen Grundsätzen der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sich orientieren, so dass es vertretbar ist, Generalsanierungen erst zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen. Also, diesen Zusammenhang herzustellen, das finde ich einfach ganz, ganz fies und wir werden uns sicher nicht da das Ganze umhängen lassen, dass wir jetzt schuld sind, wenn die Herrengasse in so einem Zustand ist (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Herr Stadtrat Rüschi, Entschuldigung, aber Ihre Ausführungen haben mir nicht ganz zur Erhellung des Hintergrundes beigetragen. Ich hoffe nicht, dass es an meiner mangelnden Auffassungsgabe liegt, Sie haben gesagt, ab 2008 wird das neue Projekt vorliegen, im dringlichen Antragstext ist der letzte Teilsatz der, dass da steht, Generalsanierungen erst zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen. Jetzt weiß ich nicht, ist die momentane Planung 2008, und wenn wir diesen dringlichen Antrag beschließen, dann haben Sie die Möglichkeit, die Generalsanierung erst später durchzuführen, also da bitte ich doch wirklich um Aufklärung, weil so schaut es mir ein bisschen nach einer Auftragsarbeit aus der Stadtbaudirektion und Ihrem Büro an den Herrn Kollegen Titz aus. Oder handelt es sich hierbei einfach um Auffassungsunterschiede zwischen der Stadtbaudirektion und den Wirtschaftsbetrieben, wie Ausbesserungsarbeiten sinnvollerweise durchgeführt werden sollen, dann frage ich mich aber allen Ernstes, warum wir uns im Gemeinderat mit diesen fachlichen Auffassungsunterschieden beschäftigen müssen, wo wir alle nicht wirklich Bauprofis sind und das jetzt wirklich klären können, was ist Sand und was ist was anderes. Warum die Ämter und die zuständigen Stadtregerungsressortverantwortlichen nicht einen anderen Weg haben, diese Auffassungsunterschiede zu klären, also bitte jetzt noch einmal um Auskunft, um was es da jetzt wirklich geht (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Herr Kollege Schönegger, nicht dass ich jetzt Ihre Spaziergehaktion untertreiben möchte oder hintertreiben möchte, aber ich möchte noch etwas dazu sagen. Zu diesem Sanieren oder Nicht-Sanieren und schlampig Sanieren und man kann alles viel besser sanieren. Jedenfalls, was mir auffällt, ist, es gibt eben zwei Budgets, das eine ist das von der Kollegin Monogioudis, das andere ist das von Herrn Kollegen Rüschi, der Herr Kollege Rüschi zieht sich jetzt im Moment einmal zurück, sagt dafür gebe ich kein Geld frei, die Sanierung sollen jetzt die Wirtschaftsbetriebe machen, ich möchte gerne eine Finanzaufstellung. Wenn wir auf der Sanierungsebene weitermachen wollen, was kostet denn das, wenn ich die Fußgängerzone immer nur saniere, saniere, saniere, ich glaube, dass das, und da möchte ich einmal einen Überblick haben, ich glaube, dass das extrem kostenintensiv sein kann und dann letztlich auch keine Lösung ist. Daher, und so war auch zu verstehen der Zusatzantrag, dass man bitteschön Nägel mit Köpfen machen soll und schauen wir uns gleich alles gründlich an und es sollen vor allem die Baudirektion und das Straßenamt in Kooperation das Ganze einmal in den Griff kriegen und uns vorstellen, was kostet das und was gibt es da für Ideen dazu.

Dr. **Rüschi**: Frau Kollegin Edlinger, man kann natürlich in alle Dinge was hineingeheimnissen und dann versteht man den Text nicht mehr. Sie können die Baudirektion in dem Zusammenhang völlig außer Acht lassen. Die Baudirektion ist für die Erhaltung der Herrengasse nicht zuständig. Das ist ganz klar Aufgabe der Wirtschaftsbetriebe. Das ist das Erste, das Zweite ist, auch bezüglich der genauen Aufstellung werde ich dann auch noch was sagen, es gibt völlige Transparenz, wir haben und Sie haben und ihr habt im Dezember ein Budget beschlossen, dazu gibt es auch einen Plan über die außerordentliche Gebarung und in diesem Plan ist enthalten, dass 2008 die Herrengasse saniert wird, dabei bleibt es, Punkt, aus, das ist es. Der Antrag geht davon aus, ich kann das nur noch einmal wiederholen, dass eine Unzufriedenheit über die Erhaltungsarbeiten in der Herrengasse stattfindet, Platten auswechseln, mit Teer ausschütten usw. plus eben auch die Aufstellung dieser Tafeln und schlägt vor zur Abstimmung, dass eben selbstverständlich bis 2008 und nicht bis später die Erhaltungsarbeiten technisch verbessert werden. Das ist es, das ist, glaube ich auch ganz klar, ich möchte vielleicht nur zur Kollegin Binder noch

sagen, selbstverständlich haben wir als ersten Schritt, dieses Projekt ist in Ausarbeitung, einen Auftrag gegeben, den Zustand nicht nur in der Herrengasse, sondern in allen angrenzenden Fußgängerbereichen festzuhalten. Dieser Auftrag ist auch ausgeführt worden von Herrn Dipl.-Ing. Kratzer, um ein genaues Bild zu haben, wie diese Generalsanierung, diese Erneuerung aussehen mag. Aber nochmals, das ist nicht Gegenstand, das ist wirklich Aufgabe der Baudirektion, um das geht es hier nicht, es geht um die Erhaltung bis zur Generalsanierung, bis zur Erneuerung der Oberfläche, die wird ab 2008, ab Anfang 2008 durchgeführt und der Antrag ist in der Hinsicht, denke ich, auch klar formuliert, ich weiß nicht, was es da für Probleme gibt. Wenn man der Ansicht ist, man kann das besser oder jedenfalls die Frau Kollegin Monogioudis gemeinsam mit den Wirtschaftsbetrieben zu bitten, sich das zu überlegen, in der Zwischenzeit besser zu machen, dann muss man dafür sein und wenn man dieser Meinung nicht ist, dann ist man dagegen.

GR. Mag. **Candussi**: Lieber Gerhard, um die abschließende Frage von dir zu beantworten, brauchst du vielleicht nur den dringlichen Antrag vom Kollegen Titz durchlesen und zwar da denn letzten Satz. Denn im letzten Satz steht drinnen, „sodass es vertretbar ist, Generalsanierungen erst zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen“, das heißt, wenn ich das so lese, wie es da steht, dann heißt das, die Wirtschaftsbetriebe sollen sich bemühen, das ganze ordentlicher zu machen, damit du dein Geld länger auf die Bank schieben kannst und deine Sanierung, nichts anderes steht in dem dringlichen Antrag. Und nach wie vor, ich kenne die Fußgängerzone auch recht gut als Lehrer am Akademischen, der täglich durch die Hans-Sachs-Gasse geht, auch mich freut der Zustand dort nicht und ich denke mir auch regelmäßig, ob das ständige Reparieren nicht auf Dauer teurer kommt als einmal ordentlich Generalzusaniieren und da ist dann eben nicht die Wilfriede Monogioudis gefragt, sondern der Gerhard Rüschi, das ist alles ganz einfach.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Vorsitzender, Frau Kollegin Edlinger hat auf etwas repliziert, was jetzt während der Debatte sozusagen für uns augenscheinlich wurde,

dass 2008 die Generalsanierung vorbereitet, geplant und budgetär gesichert ist, das war nicht der Wissensstand von vorhin, das hat jetzt eine Eigendynamik bekommen, genau wie du sagst. Es könnte einer meinen, wir wollen 2008 canceln und das noch weiter hinausschieben...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Ja, das steht ja im dringlichen Antrag drinnen.

Dr. **Piffel-Percevic**: Nein, da steht keine Jahreszahl. In dem Zusammenhang mit dem Wissen, das wir jetzt erfreulicherweise haben, haben wir vernommen, dass wir sehr wohl 2008, also in einem absehbaren Zeitpunkt, und damit diese Zweifel und Fragen beseitigt sind, stelle ich zu diesem Punkt, um das Wort „spätere“ zu ersetzen durch „Generalsanierungen“, sodass es vertretbar ist, das bleibt alles gleich, die Generalsanierung zum geplanten und budgetär vorbereiteten Zeitpunkt, das ist das Jahr 2008, durchzuführen. Ist das statt „später“, sozusagen Sankt-Nimmerleinstag, das zu ersetzen, sodass es vertretbar ist, die Generalsanierungen zum geplanten und budgetär vorbereiteten Zeitpunkt im Jahr 2008 vorzunehmen.

GRin. **Schloffer**: Nachdem es jetzt klar ist, dass der Antragsteller vorher nicht gewusst hat, was er für einen Antrag stellt oder was er stellen soll, mittlerweile hat es sich geklärt, dass es 2008 gemacht werden soll, denke ich mir, dann braucht man den Antrag eigentlich gar nicht mehr stellen, nachdem sich das geklärt hat, dass 2008 eh renoviert wird, generalsaniert wird, also ich denke, den Antrag kannst zerreißen und sonst irgendwas machen damit, der ist überflüssig zur Zeit, nachdem alles geklärt wurde.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Frau Gemeinderätin, ich habe das als Abänderungsantrag der eigenen Fraktion jetzt empfunden, den haben wir auch auf dem Tisch.

GRin. **Binder**: Es geht um eine Korrektur des Zusatzantrages und da danke ich wirklich, dass ich das noch machen darf. Der Zusatzantrag, den wir zur Abstimmung freigeben, lautet: „Der Gemeinderat möge beschließen, die Baudirektion wir beauftragt, ein mittelfristiges Gesamtsanierungs- und Finanzierungskonzept für die Grazer Plätze und sämtliche FußgängerInnenzonen zu entwickeln und dieses dem Gemeinderat zu Diskussion vorzulegen.“ Also die Baudirektion wird beauftragt.

Der Antrag der Unterbrechung von GR. Schönegger wird mit Mehrheit abgelehnt.

Mag. **Titz**. Ich bin ja ein einfach denkender Mensch, aber man glaubt wirklich, dass das, wenn man Ihnen zuhört, meine Damen und Herren, das ist das Gipfeltreffen der Österreichischen Hochbürokratie. Das Einzige, was ich von Ihnen gefordert habe, Frau Monogioudis, ist, dass Sie sagen, ja wir werden uns bemühen, in der Herrengasse eine plane Fläche herzustellen bei Sanierungen. Nicht mehr und nicht weniger (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Edlinger: Warum schrieben Sie das nicht so hin?

Mag. **Titz**: Ich habe mir gedacht, werte Frau Edlinger, dass es eigentlich eine Selbstverständlichkeit bei solchen Arbeitsausführungen ist, dass man eine plane Fläche herstellt, davon gehe ich eigentlich aus, wenn man so eine Arbeit leistet und

nicht, dass man eine Berg- und Talbahn macht. Das Einzige, Frau Monogioudis, und der Gerhard Rüschi ist ein zu feiner Mensch und wir haben überhaupt keine Absprachen gehabt wir zwei, er arbeitet so gut, dass er sich mit mir in keiner Weise abstimmen braucht. Nur mir fällt halt eines auf, dass die Leute da draußen niederfliegen, wenn sie durch die Herrengasse gehen und ich weiß nicht, wenn Sie sich verwehren, dass wir uns das vor Ort anschauen, was wollen Sie dann noch diskutieren herinnen, welche Form der Sanierung jetzt zweckmäßig ist, bitte auf so etwas Fachliches habe ich nie Bezug genommen. Einzig eines steht hier drinnen, Behutsamkeit, mehr Behutsamkeit, Sorgfalt, keine schlampige Arbeit, Frau Monogioudis (*Applaus ÖVP*). Das war das Einzige, was ich anbringen wollte, Sorgfalt bei der Ausführung der Arbeit, das war das Einzige, was ich...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.

Mag. **Titz**: Ja, und ich habe mir gedacht, dass wir vielleicht ein bisschen ein abstrakteres Niveau haben, dass ich nicht auch noch die Zentimeter hineinschreiben muss, die da unten alle falsch sind (*Applaus ÖVP*). Frau Stadträtin, ich kann Sie aus dieser Verpflichtung der mangelnden Sorgfalt bei der Beauftragung und Beaufsichtigung dieser Arbeit nicht entlassen; für mich sind diese drei Kriterien, ob die Sanierung in dem Ausmaß, wie sie durchgeführt wird, wirklich notwendig ist, Frau Stadträtin, da sage ich nein, was Sie dort unten veranstalten, ist eine Kanonade auf Spatzen mit Kaltmischgut. Es ist auch nicht zweckmäßig durchgeführt, es ist eben keine plane Fläche, auch dieses Kriterium verletzen Sie und ob es wirtschaftlich ist, darüber lässt sich auch streiten, der Zustand ein so bedenklicher ist und nur, um zu dem einen Punkt zu kommen, für mich wäre es eigentlich vernünftig, Generalsanierungen so spät wie möglich durchzuführen und wenn wir dann die Generalsanierung haben und es kommt wieder zu Belagsschäden und es wird wieder in der gleichen Art saniert, gut, dann machen wir halt fünf Jahre später die Generalsanierung und dann stehen wir wieder da und streiten, wer eigentlich zuständig ist. Ich danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Dieser Abänderungsantrag bezieht sich ausschließlich als Präzisierung, damit nicht der Vorwurf gemacht wird, wir wollen die Generalsanierung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben. Der Antraginhalt ist vorher noch einmal abschließend definiert worden, es geht um eine optimale Sanierung und im letzten Satz unten steht, Generalsanierung erst zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen und dieser Halbsatz soll ersetzt werden, damit es vertretbar ist, die Generalsanierung erst zum geplanten und budgetär vorbereiteten Zeitpunkt, das ist das Jahr 2008, durchzuführen.

Der Abänderungsantrag von GR. Dr. Piffl-Percevic wird mit Mehrheit angenommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zur Geschäftsordnung: Zur Geschäftsordnung möchte ich festhalten für unseren Klub, es wurde dieser Abänderungsantrag ordnungsgemäß abgestimmt, er hat seinerzeit vor ganz kurzer Zeit die Mehrheit gehabt, es ist durch die nochmalige Abstimmung jetzt zu einem anderen Ergebnis gekommen, weil ich habe, ihr könnt schreien, wie ihr wollt, ich weiß ja nicht, Herr Polz ist ein Zeuge, dass einige Damen und Herren der KPÖ mitgestimmt haben (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Diese Wortmeldung können wir aus dem Protokoll streichen, weil dieser Abänderungsantrag hat eine Mehrheit bekommen. Meine Damen und Herren, der Sturm kommt erst heute Nacht und hoffentlich nicht sehr stark.

StRin. **Kahr** zur Geschäftsordnung: Liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Die Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Stadtrat Eisel-Eiselsberg hat er deshalb gemacht, weil er richtig registriert hat, dass bei der ersten Abstimmung dieser Antrag

keine Mehrheit gefunden hätte und jetzt bei der zweiten Abstimmung hat er eine Mehrheit gefunden, also wir könnten eigentlich eher di sein, die uns da jetzt aufregen, aber dem Formalismus ist jetzt hiermit Recht gegeben, damit, denke ich, hat sich...

Bgm.-Stv. **Ferk**: Jetzt lasse ich nicht noch einmal abstimmen, ich habe ausdrücklich gefragt, ob wir das wiederholen, weil es war nicht ganz klar die Formulierung, die kam, jetzt ist abgestimmt und der Abänderungsantrag ist so mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich habe mich tatsächlich irritieren lassen, dann halte ich nur fest, dass bei der ersten Abstimmung Teile der KPÖ dafür waren und bei der zweiten Abstimmung die SPÖ.

Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Teile sind auch zwei, ich nehme das für mich in Anspruch, dass ich das falsch eingeschätzt habe, aber vom Abstimmungsverhalten ist es korrekt, so wie ich es jetzt wiedergegeben habe.

GRin. **Binder**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Der Gemeinderat möge beschließen, die Baudirektion wird beauftragt, ein mittelfristiges Gesamtanierungs- und Finanzierungskonzept für die Grazer Plätze und sämtliche FußgängerInnenzonen zu entwickeln und dieses dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Hauptantrag ist mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Binder wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Wortmeldung unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren, es ist ganz einfach, der Herr Klubobmann Herper hat darauf aufmerksam gemacht, dass er noch einmal darüber abstimmen will, darüber muss der Gemeinderat abstimmen und dann können wir wieder das Richtige tun. Jetzt gilt es darüber abzustimmen, ob wir über diesen Zusatzantrag noch einmal abstimmen. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf eine wiederholte Abstimmung des Zusatzantrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Petition an die Bundesregierung bezüglich Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen für den ÖPNV in der Steiermark und im Großraum Graz

GR. **Mayr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir würde einiges einfallen jetzt zu der letzten Stunde, ich versuche es aber sachlich und kurz zu halten. Bei meinem dringlichen Antrag geht es darum, die Bundesregierung nach ihrem Neuantritt und des Vortrages der Regierungserklärung und des Regierungsprogramms noch einmal an die, wie wir uns, glaube ich, alle einig sind, sehr berechtigten Anliegen bezüglich der Finanzierung von Bahnprojekten und ÖPNV-Projekten in der Steiermark und vor allem im Großraum Graz noch einmal zu erinnern. Im Land Steiermark und der Stadt Graz herrscht, und das schon seit einiger Zeit, aber das hat sich in der letzten Zeit besonders verstärkt, weitestgehende politische Übereinstimmung über wichtige Infrastrukturprojekte und Ausbaumaßnahmen im ÖV, einerseits sind hier die Bahnprojekten genannt - vom Großprojekt Semmeringbasistunnel/Koralmbahn bis hin zu den wichtigen S-Bahn-Projekt im Großraum Graz. Angeschlossen an den stadtgrenzenüberschreitenden ÖPNV ist gerade von der Stadt Graz die zweite Ausbaustufe zur innerstädtischen gleisgebunden ÖV-Infrastruktur in Ausarbeitung. Die erste Ausbaustufe ist fast im Fertigwerden, das sind die Ausbaumaßnahmen der drei Grazer Linien und die zweite Ausbaustufe, auch ein sehr ehrgeiziges Programm für die nächsten Jahre, ist gerade in Ausarbeitung und wird uns demnächst vorgestellt. Tatsache ist auch, dass alle genannten Projekte zu den wirksamsten Maßnahmen zur Reduzierung des durch den MIV verursachten Anteil an der Feinstaubbelastung darstellen.

Gerade Infrastrukturmaßnahmen in den schienengebunden ÖV sind für die großen Ballungsräume in Österreich von hoher Wichtigkeit. Bedauerlicherweise standen – mit der Ausnahme der Wiener U-Bahnen - bisher für derartige innerstädtische Infrastrukturmaßnahmen kaum entsprechende Mitfinanzierungen von Bundesseite zur Verfügung, die Mitfinanzierung von Bundesseite in anderen oder im Bereich anderer Landeshauptstädte resultierten aus dem Thema Regionalbahn oder stadtgrenzenüberschreitende ÖV-Ausbaumaßnahmen. Man muss aber auch, denke ich, in den Großräumen in Österreich die innerstädtischen Infrastrukturmaßnahmen

einer entsprechenden Mitfinanzierung durch den Bund hier miteinfordern und nicht nur bei den Wiener U-Bahnen.

Ich stelle daher im Namen der ÖVP-Fraktion den

dringlichen Antrag,

die Bundesregierung und im Besonderen Verkehrs- und Infrastrukturminister Faymann werden aufgefordert:

Alle für die Steiermark vorgesehenen und für den Großraum Graz wichtigen Bahn-/ÖV-Ausbauprojekte nicht in der Prioritätenreihung zurückzustufen, sondern in den vereinbarten Zeitplänen abzuwickeln.

Darüber hinaus mögen die wichtigen ÖPNV-Projekte des Landes Steiermark und der Stadt Graz, wie das S-Bahn-Projekt im Großraum Graz und die angeschlossenen geplanten Ausbaumaßnahmen des innerstädtischen gleisgebunden ÖPNV, für eine gesonderte (Mit-)Finanzierung durch den Bund vorgesehen werden, man könnte dazu auch die Einnahmen der ja geplanten Erhöhung der Mineralölsteuer zum Beispiel heranziehen.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, lieber Peter, ich begrüße sehr deinen dringlichen Antrag, er stimmt überein mit den gemeinsamen Anliegen, die der Landtag erst am vergangenen Dienstag formuliert hat Richtung Wien. Weil wir alle wissen, wie sehr uns der Semmeringbasistunnel und der Koralmtunnel am Herzen liegen als Steirer, aber auch als Grazer, nachdem ja hier schließlich die Koralmstrecke auch gebaut wird und Graz umfasst. Wichtig ist mir, weil wir heute gemeinsam bei einer interfraktionellen Zusammenkunft waren mit einem der besten Fachleute auf dem Gebiet, dem Kollegen Fromm von der Arbeiterkammer und mir einige Zahlen als erhärtend für deinen wichtigen dringlichen Antrag auf den Tisch zu legen. Es stimmt, dass im Großraum Graz wir einen Zuwachs beim Individualverkehr von pro Anno von 2,7 % haben und beim öffentlichen Verkehr von 0,7 % im Vergleich dazu. Dass wir derzeit, wenn wir den Stadtverkehr über die Stadtgrenze hinaus beim Individualverkehr betrachten, im Raume Graz innerhalb von 24 Stunden

eine Kfz-Bewegung von 358.000 haben und über die Stadtgrenze hinaus von 220.000 in 24 Stunden. Bei den 220.000 sind insgesamt 160.000 davon Nicht-Grazer und 96.000 davon aus Graz-Umgebung. Dagegen nimmt sich der ÖV trotz aller Förderungen und Unterstützungen über Jahre, aber meiner Meinung nach zu wenig, dagegen mickrig aus, wir haben innerhalb von 24 Stunden eine Bewegung innerhalb von Graz von 169.000 in Relationen und über die Stadtgrenze von insgesamt 44.000. Würde dies so weitergehen, ohne dass wir dagegen uns gemeinsam mit Land und Bund und Stadt gemeinsam einsetzen würden zur Gestaltung dieses Verkehrs über die Stadtgrenze, so würde es eine Zunahme von 33 % bis 2020 geben, von 33 % über die Stadtgrenze bis 2020 und wenn wir nur eine leichte Trendkorrektur vornehmen würden, gäbe es noch immer eine Zunahme des Kfz-Verkehrs über die Stadtgrenzen hinaus hin- und zurück von 25 %. Deshalb sind Lösungsansätze nicht nur Papier, sondern sie sind dringende Überlebensfragen für den Großraum Graz. Und die Restriktionen sind alle am Tisch für den Kfz-Verkehr, die da lauten, Geschwindigkeitsreduktionen, machen wir, City-Maut ist nach wie vor auch anhand ausländischer Beispiele auf der Tagesordnung, nicht jetzt ad hoc, aber durchaus in Perspektive. Parkraumbewirtschaftung machen wir, fahrleistungsabhängige Maut ist sowieso auch gesamteuropäisch auf der Tagesordnung, Fahrverbote werden jetzt im Zuge der Feinstaubverordnung IG-L sowieso durchgeführt und die Förderung des ÖV ist unbestritten, Taktverdichtung, Busspuren, Erweiterung des Liniennetzes und ein S-Bahn-System. Warum sage ich S-Bahn-System? Das müsste eigentlich sozusagen unser vorrangiges und wie Peter Mayr richtig formuliert hat, unser großes Forderungspaket Richtung Bund sein, nämlich die S-Bahn garantiert höhere Geschwindigkeit, mehr Komfort, besseren Takt und höhere Kapazitäten und ist eindeutig zu bevorzugen. Ich bitte um Verständnis, liebe Sigi Binder, eindeutig zu bevorzugen gegenüber einer Stadt-Regional-Bahn, für die eher Negative sprechen. Der Nutzen ist auch klar, eine S-Bahn im Großraum Graz würde 27.000 Fahrgäste pro Tag mehr ermöglichen, also eine Zunahme um 82 % und auch ein Straßenbahnausbau würde zusätzlich 38.000 Fahrgäste pro Tag im Stadtgebiet möglich machen. Das heißt, es würde uns gelingen, eine Verlagerung von 6,5 Millionen Pkw-Fahrten innerhalb eines Jahres damit sicherzustellen. Was das für die Gesundheit, Feinstaubbelastung, für überhaupt die Verkehrsgestaltung im Großraum Graz bedeuten würde, muss jedem klar sein. Es liegt nun auch in Abstimmung durch die Zusagen der zuständigen Verkehrsreferentin Edlinger-Ploder,

ihren Anteil entsprechend einzubringen seitens des Landes, auch in den Budgetverhandlungen für 2008/09 ein Fahrplan vor, der da heißt jetzt, zweite Umsetzungsphase des Steirertaktes, entsprechende Fahrplangestaltung bis 2011 und ich sehe, wenn wir es jetzt in Angriff nehmen, Peter Mayr, und dies heute ist einzusätzlicher Anstoß mit deinem dringlichen Antrag, dass es gelingen müsste, einen S-Bahn-Betrieb, man soll mich nicht sozusagen der Blauäugigkeit zeihen, aber es muss möglich sein mit einer neuen gemeinsamen Bundesregierung dies möglich zu machen, einen Vollbetrieb 2016 anpeilen zu können für eine S-Bahn im Großraum Graz. Warum ich das so sage, ich habe natürlich mit dem Minister Faymann, der durch etliche Aussagen in letzter Zeit uns Steirer auch keine Freude gemacht hat, aber jetzt Kontakt aufgenommen, er ist heute bei einer Verkehrsministertagung der EU in Berlin auf Einladung der deutschen Präsidentschaft, aber ich habe auf sein Ministerium doch einen positiven Aspekt herauslesen können, aus einer Stellungnahme, um die ich ihn heute gebeten habe, nämlich um die Frage einer zusätzlichen teilweise Mitfinanzierung des Bundes für innerstädtische Ausbauprojekte. Sind solche in konkreter ausgearbeiteter Form vorzulegen, wofür Gerhard Rüscher sicher die Basis geliefert hat und die Basis liefern wird und gesonderte Verhandlungen hat er sowieso als Minister angekündigt und zwar in der gemeinsamen interministeriellen Zusammenkunft von Gebietskörperschaften, dem Ministerium für Verkehr, Infrastruktur und Technologie und dem Finanzministerium. Deswegen bitte ich dich auch, nachdem Peter Mayr namens der ÖVP-Fraktion den dringlichen Antrag gestellt hat und der Bürgermeister Siegfried Nagl einen besonders guten Kontakt zum Vizekanzler und Finanzminister Molterer hat, diesen besonders guten Draht der letzten Jahre auch jetzt wieder dringlich zu machen, damit diese ÖPNV-Projekte in einer gemeinsamen Finanzierung von Bund, Land, Gebietskörperschaften mit der Stadt Graz möglich wären. Ich danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Dringlichkeit ist fast nichts mehr zu sagen, weil Karl-Heinz Herper an sich umfassend genug argumentiert hat, warum der Antrag von meinem Kollegen Mayr so wichtig und notwendig ist und dennoch möchte ich etwas dazu sagen, in aller Kürze. Also ich nehme schon für meine Fraktion, nämlich für die Grüne Fraktion, in Anspruch, dass,

wenn heute ein flammendes Plädoyer zur S-Bahn gehalten wird, wenngleich auch wir immer wieder die Maximalvariante und für uns immer noch die beste Variante die Stadt-Regional-Bahn darstellt, so ist dieses flammende Plädoyer denn doch auf unser Engagement und das wahrt seit einigen Jahren, für einen stadtgrenzenüberschreitender gemeinsamen ÖV zurückzuführen. Ich möchte also den dringlichen Antrag von Peter Mayr unterstützen, freue mich, dass er jetzt eingebracht wird und vielleicht ist genau jetzt sozusagen der richtige Zeitpunkt, wo tatsächlich die Weichen gestellt werden können, auch für die S-Bahn. Wir hätten natürlich wesentlich lieber die Stadt-Regional-Bahn, und Karl-Heinz Herper, zu dir noch, auch wenn du sagst, es sprechen die Argumente gegen eine Stadt-Regional-Bahn, dann ist das ein Glaubenssatz, wir müssten einmal diskutieren, was spricht denn wirklich und konkret dagegen.

GR. **Slamanig**: Es ist schön, wenn man weiß, dass der Gemeinderat in so einer wichtigen Frage also einstimmig spricht und es ist nichtsdestotrotz so wichtig wie nur etwas, dass man im Zuge dieser geänderten Nahverkehrsfinanzierungsgesetzgeschichten darauf verweist, dass die Stadt Graz ungeheure Defizite hat, was Nahverkehrsentwicklung betrifft. Ich möchte von unserer Seite diesen Dringlichkeitsantrag mit ganzer Kraft unterstützen und noch auf zwei Geschichten hinweisen, gebetsmühlenartig will ich wiederholen, dass die KPÖ also zur Finanzierung eine Nahverkehrsabgabe fordert und die Erhöhung der Möst-Mittel, die jetzt ins Auge gefasst worden sind von der Bundesregierung, dass man die mit einer Zweckbindung an den öffentlichen Personenverkehr noch versieht. Zur Kollegin Binder möchte ich Folgendes sagen, also die Auffassungsunterschiede in Bezug auf Schnellbahnsysteme und Stadt- und Regionalbahn, die müsste man einmal diskutieren, es gibt dazu einiges schon und das wird sicher nicht der Antrag werden, dass man das heute ausdiskutiert, sondern das wird im Zuge einer grundlegenden Systemdiskussion einmal notwendig werden und in diesem Sinne wünsche ich, dass dieser Antrag also auch bei der Adresse die notwendige Wirkung hinterlässt (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir wären wohl hier im Gemeinderat falsch am Platz, wenn wir diesem Antrag nicht zustimmen, daher werden wir natürlich selbstverständlich der Dringlichkeit und auch dem Inhalt die Zustimmung geben und der Karl-Heinz Herper hat von diesen tollen Drähten nach Wien gesprochen, die es jetzt gibt, also wir hoffen natürlich, dass ihr, es ist mir wurscht wer, du hast auch deine Drähte angesprochen oder eure, dass ihr die Drähte zum Glühen und nicht zum Verglühen bringen werdet. In diesem Sinne, wir stimmen gerne zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Auftragsvergabe und Frauenförderung

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Ich werde jetzt meinen Antrag einbringen, der ja irgendwie zum vorletzten Antrag gar nicht so schlecht passt, weil wenn es wirklich zu einer umfassenden Sanierung in der Stadt kommt, werden wir wieder einige Aufträge nach außen vergeben und vielleicht kann man zu dem Zeitpunkt dann schon neue Maßstäbe an die Auftragsvergabe legen. Der Motivenbericht liegt ja allen vor, ich werde mich kurz halten. Knapp vor Weihnachten und um Weihnachten herum, war in den Medien kurz die Berichterstattung, teilweise sogar auf den Titelseiten zu aktuellen Entwicklungen, was die Gleichstellung und vor allem die Ungleichheit zwischen Frauen- und Männereinkommen bis hin zu Vereinbarkeitsfragefolgen von langen Kinderbetreuungszeiten etc. sehr deutlich ausgewiesen. Es gibt auch einen steirischen Armutsbericht im Jahr 2006, der ebenfalls nachweist, dass sich die Einkommensschere deutlich zu Ungunsten von Frauen weiterentwickelt.

Aufschlussreich ist, und das ist in der aktuellen Diskussion natürlich spannend, dass es unabhängig davon, ob Frauen Kinder haben oder nicht, zu Lasten von Frauen geht, erschwert wird die Situation natürlich immer dadurch, wenn Betreuungspflichten da sind, wenn prekäre Arbeitsformen da sind, die eben zunehmen, Arbeitslosigkeit, Herkunft, Behinderung, Alter, Bildungsstatus sind natürlich allen hier herinnen bekannt, dass das Ursachen dafür sind, dass Frauen ein erhöhtes Armutsrisiko in unserer Gesellschaft haben, zwei Zahlen dazu:

Aus den Einkommensvergleichen, Arbeiterinnen verdienen momentan im Bruttomedianeinkommen 1.236 Euro, das sind um 863 Euro weniger als männliche Arbeiter, weibliche Angestellte verdienen 1.624 brutto Median und haben damit um 1.331 Euro weniger als männliche Angestellte. Das setzt sich natürlich im Sozialsystem fort, wie wir wissen, Arbeitslosengeld, Pensionssicherung etc. Und diese Zahlen können auch dem jeweiligen Sozialbericht sehr deutlich entnommen werden.

Die Zustände sind nicht zufällig und die sind nicht von irgendwoher gekommen, die sind auch teilweise eigener Verdienst, dass es in unserem Land in diesem Bereich in den letzten Jahren eine Politik gegeben hat, die einerseits sehr viel Geld in die Hand genommen hat, um Familienpolitik zu betreiben, aber auf der anderen Seite, wie wir eben aus der AK-Studie zum Thema Folgen der Babypause sehen, eigentlich die Zugangschancen und vor allem die Zugangschancen zu existenzsichernden Einkommen von Frauen mit Kindern sehr drastisch verschlechtert haben. Wir sehen aber, dass, und ich denke mir, das ist auch offensichtlich, dass nicht nur Bundesagenda ist, in diesem Bereich eine größere Anstrengung anzuwenden, wir hoffen da auch auf neue Besetzungen in den Ministerien durchaus, da gibt es doch einige viel versprechende Frauen, die zumindest angetreten sind. Wir sehen aber auch die Verantwortung in der Stadt und es gibt ein Papier, das in den Klubs schon kreist, es gibt eine Charta, die beschlossen worden ist in Innsbruck im letzten Jahr, die Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler Ebene. Es ist ein dickes Papier, durchaus lesenswert und es zeigt viele Maßnahmen auf, die auf kommunaler Ebene zum Thema Gleichstellungsförderung angesetzt werden können, es gibt auch ein Arbeitsübereinkommen, auf das ich so gegen Ende der Legislaturperiode noch einmal erinnern möchte, in dem auch ein Ansatz ganz klar

definiert ist, nämlich die Frage, wie auf die Privatwirtschaft von Seiten der Stadt Einfluss genommen werden kann, denn die Privatwirtschaft ist das Feld, wo die Ungleichheit sich am stärksten entwickelt. Weil wie ihr alle wisst, im Land und auf Bundesebene und in der öffentlichen Verwaltung gibt es inzwischen Frauenförderpläne, Gleichstellungspakete und auch Umsetzungen, das zeigt sich ja auch in den Einkommensunterschieden, dass die in der öffentlichen Verwaltung nicht so drastisch sind, bei weitem nicht so drastisch sind, wie im privaten Bereich und deswegen geht unser Ansatz jetzt dahin zu schauen, wie es aussieht mit der Auftragsvergabe durch Städte und vor allem durch Graz an privatwirtschaftliche Betriebe, das ist nämlich gar kein kleines Volumen. Ich kenne die Zahl für Graz nicht, aber in Wien zum Beispiel werden fünf Milliarden Euro im Jahr ungefähr nach außen an private Betriebe an Aufträgen und Beschaffungen vergeben. Städte haben die Möglichkeit, die Vergabe von Aufträgen an bestimmte Kriterien zu knüpfen und zwar mehr Möglichkeit als man bis jetzt annimmt, obwohl ich auch bei dir bin, Karin Sprachmann, die du dich ja auch sehr gut auskennst in dem Bereich, dass auch eine Novelle des Bundesvergabegesetzes notwendig ist, um da noch klarere Vorgaben zu haben, also das ist unbestritten, das ist aber eine Petitionsfrage. Mir geht es heute darum, auszuschöpfen und zu schauen, was ausschöpfbar ist im Rahmen der Stadt, die Definition der Kriterien, wenn Vergaben nach außen vorgenommen werden. Im § 84 Bundesvergabegesetz ist auch klar formuliert, der Auftraggeber hat in der Ausschreibung vorzusehen, dass die Erstellung des Angebotes bla, bla, bla ich tu das jetzt überfliegen, geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften zu erfolgen hat. Das heißt, dass sich der Bieter verpflichtet, bei der Durchführung des Auftrags in Österreich diese Vorschriften einzuhalten und unserer Meinung nach gehören, und das ist auch Rechtsmeinung, Gleichstellungsgesetzgebung und die Antidiskriminierungsgesetzgebung hier hinein. Mögliche Voraussetzungen für die Auftragsvergabe könnten zum Beispiel sein die Art und die Anzahl der Beschäftigten in Betrieb nach Geschlecht, das kann nicht nur sein die Frage der Anzahl, sondern es muss auch sein, welche Qualität die Arbeitsplätze haben, in welchen Positionen Frauen vorkommen, es kann sein eben das Vorliegen eines Gleichstellungsförderungsprogrammes oder eben auch konkrete Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. Das heißt, Graz hat durch diesen Spielraum mehr Einwirkungsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft als

gedacht und könnte analog zu einigen deutschen Regionen, wo das schon praktiziert wird, eine diesbezügliche VorreiterInnenrolle übernehmen.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der Grünen – ALG den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen des Präsidialamtes, der Finanzdirektion und das Frauenreferat werden beauftragt, die Rahmenbedingungen zu prüfen, da gehört auch so der bundesgesetzliche Rahmen dazu, die entsprechend dem Motivenbericht eine Verknüpfung der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt Graz mit dem Vorliegen frauenfördernder Programme und Maßnahmen im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen,
2. die Ergebnisse dieser Prüfung werden dem Gemeinderat bis Juni 2007 zur Beratung vorgelegt.

GRin. **Stein-Smola** zur Dringlichkeit: Es gibt das Bundesvergabegesetz seit Februar 2006 und dieses bietet die Möglichkeit, soziale und Umweltaspekte in Ausschreibungen zukommen zu lassen. In jeder Ausschreibung beziehungsweise Vergabe können spezielle Zielgruppen berücksichtigt werden, wie arbeitslose Frauenförderung, behinderte, langzeitarbeitslose Jugendliche. Es gibt aber auch Stimmen von Experten, die meinen, dass es auch Angriffsmöglichkeiten für Firmen, die Ausschreibungen zu bekämpfen beziehungsweise auch eine Verteuerung der Ergebnisse zu erwarten sind. Doch, liebe Lisa, danke für den dringlichen Antrag, wir gehen auch mit der Dringlichkeit mit und es ist selbstverständlich auch ein gesellschaftspolitischer Auftrag an uns Politiker, einen Prüfbericht zum Mitmachen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich stimmt die SPÖ jeder frauenfördernden Maßnahme als frauenpolitische Partei zu und vielleicht in Ergänzung und Wiederholung zu unserer Lisa, es gibt zwei verschiedene Arten von Frauenförderplänen oder Gleichbehandlungsplänen, das eine, das ist der Bereich des öffentlichen Dienstes, wo Frauenförderung eigentlich schon recht gut zumindest auf dem Papier verwirklicht worden ist und hier möchte ich auch die Initiative von unserer Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl hervorheben, die ja für die Stadt Graz einen Frauenförderplan initiiert hat. Nur im öffentlichen Bereich, da gibt es auch einen bestimmten Druck, dass man Frauenförderpläne eben verwirklicht oder umsetzt. Das ist im Bereich der Privatwirtschaft nicht der Fall und ich kenne die Lage in Gesamtösterreich, wir haben in etwa sieben bis acht Betriebe, in denen Frauenförderpläne in der Privatwirtschaft wirklich bis jetzt verwirklicht worden sind und das ist eindeutig zu wenig. Und als Umsetzerin in diesem Bereich sage ich, man kann versuchen, mit Betrieben zu reden, man kann versuchen umzusetzen, nur ohne öffentlichen Druck geht in Wirklichkeit nichts. Dementsprechend stimmt die SPÖ sowohl der Dringlichkeit und auch dem Antrag zu und ich bedanke mich bei dir, Lisa, dafür (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Ich sage nur super und danke für die Unterstützung des Antrages und ich bin schon sehr neugierig auf die Diskussion des Berichtes dann.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Studiengebühren – Resolution an die Bundesregierung

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, Kollegen! Es ist das Thema der letzten Tage, wir erleben das ja täglich in den Medien und ich habe mich auch gestern überzeugt, als ich an die 3000 junge Menschen am Eisernen Tor vorbeiziehen sah, dass ich mich an meine Jugendtage erinnert fühlte sowieso, aber dass ich auch angesichts der Proteste und des Verlangens der jungen Menschen, nicht nur junger SPÖ-Mitglieder, sondern auch anderer vieler Studierender hier an den Universitäten in der Landeshauptstadt Graz durchaus diese Proteste verstehe unter dem Diktum, was ist dem Staat, was ist uns als Gesellschaft der Nachwuchs wirklich wert. In diesem Sinne angesichts dieser Sachlage, die auch eine sehr emotionale und auch eine symbolhafte ist, stellte ich diesen dringlichen Antrag, weil uns allen bewusst ist, ich hoffe wirklich allen ist bewusst die Situation an den österreichischen Universitäten, die sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert hat. Es fehlt an Geld, Lehrpersonal und Infrastruktur – und die Folgen davon sind schwieriger gewordene Rahmenbedingungen für die beispielsweise rund 40.000 Studierenden im Raum Graz, wir sehen das ja bei überbelegten Kursen und Lehrveranstaltungen, nicht ausreichende Seminarplätze und weitere Problemstellungen, die sich sowohl auf die Ausbildung selbst als auch auf die Studiendauer oftmals negativ auswirken. Diese schwierige Situation für die Studierenden wird durch die Studiengebühren noch verschärft, bekanntlicherweise wurden sie 1972 abgeschafft und erst vor wenigen Jahren wieder eingeführt, denn rund 80 Prozent der Studierenden arbeiten neben dem Studium, der überwiegende Anteil, um damit das Studium selbst zu finanzieren. Diese nötige und durch die Studiengebühren erhöhte Erwerbstätigkeit verhindert oftmals die Inanspruchnahme des Stipendiensystems und führt zu Studienverzögerungen und somit zu späteren Berufseintritten.

Die neuen im Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP vorgeschlagenen Ergänzungen entkräften nicht die negativen Effekte, die die Studiengebühren ausgelöst haben. Der finanzielle Druck bleibt und Bildung ist weiterhin kein frei zugängliches, öffentliches Gut.

Die unter dem Punkt „Förderung der Studierenden“ vorgeschlagene Änderung des Studiengebühren-Systems nennt insbesondere die Möglichkeit, dass künftig bestimmte gemeinnützige unentgeltliche Tätigkeiten im Ausmaß von 60 Stunden im Semester eine Refundierung der Studienbeiträge bewirken. Hierbei, so das Zitat aus dem Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung, wird besonders an Betreuungs- und Unterstützungsleistungen im Rahmen des Schulwesens und an Tätigkeiten im Rahmen neuer sozialer Herausforderungen, also beispielsweise Hospiz-Bewegung, gedacht. Meine Meinung und vieler unserer Meinungen nach in den eigenen Reihen und auch viele, mit denen ich in den letzten Tagen gesprochen oder die mir SMS oder gemailt haben: Dieser Vorschlag der Sozialarbeit mag zwar ein erster Ansatz sein, hält aber einer nüchternen Analyse nicht stand: Einerseits macht dies Studierende, ich zitiere eine Formulierung von KollegInnen aus der drittgrößten Stadt Österreichs, die heute einen ähnlich lautenden Antrag in der Landeshauptstadt Linz einbringen im Gemeinderat, so Zitat: Zu FronarbeiterInnen des 21. Jahrhunderts, was grundsätzlich mehr als hinterfragenswert ist, da dies zu einer Zwei-Klassen-Studierenden-Gesellschaft zu führen droht: Hier die einen, die sich aufgrund ihres familiären beziehungsweise finanziellen Hintergrunds vom Sozialdienst freikaufen können, dort jene, denen sich diese Möglichkeit nicht auftut.

Zum anderen wurde jedoch auch bereits von vielen in diesen Bereichen tätigen Institutionen und Organisationen darauf hingewiesen, dass dieser „Sozialarbeits“-Gedanke zwar grundsätzlich gut gemeint, von den Erfordernissen und Ansprüchen her aber nicht wirklich durchdacht sei: Die im SPÖ-ÖVP-Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung zum Beispiel dezidiert genannte „Hospizbewegung“ verlangt nämlich eine anspruchsvolle Tätigkeit mit einem hohen Maß an Professionalität und Fachlichkeit, wie dies in der im Koalitionsübereinkommen vorgeschlagenen Form auf keinen Fall geboten werden kann. Vom eingesetzten interministeriellen Arbeitskomitee erwarten wir uns deshalb konkretere, praxisbezogene Vorschläge und Modelle, die der studentischen Wirklichkeit auch standhalten. Zumindest freue ich mich, dass es auf anderer Ebene möglich ist, zwischen SPÖ und ÖVP zu einer Nachbesserung oder zu „Nachverhandlungen“ in Anführungszeichen, offenbar zu kommen, wenn ich die Frauenministerin Doris Bures und die Frau Familienministerin Andrea Kdolsky richtig verstanden habe in den letzten Stunden, so sind sie daran, gemeinsam in einer Nachbesserung des Arbeitsübereinkommens der

Bundesregierung die Benachteiligung beim Kindergeld von Alleinerzieherinnen gemeinsam beseitigen zu wollen. Diese Vorgangsweise scheint mir ein wichtiger Punkt, der nachzuverhandeln ist und der auszuformulieren ist neu, scheint mir auch geboten zu sein bei den Studiengebühren, wenn dies zwischen Bures und Kdolsky möglich ist, warum soll das nicht auch natürlicherweise zwischen Schmied und Hahn möglich sein, hier eine Übereinkunft zu treffen und deswegen komme ich zum steirischen Aspekt dieser ganzen Angelegenheiten, der wirklich freier Zugang zur Bildung gewährleistet werden soll, kann dies in letzter Konsequenz somit nur heißen, die Studiengebühren wieder abzuschaffen, wie dies etwa von Landeshauptmann Franz Voves und der zuständigen Bildungslandesrätin Bettina Vollath in der Steiermark mit der Abschaffung der Fachhochschul-Studiengebühren durchgesetzt wurde. Denn eines ist uns allen klar, Peter, du als ehemaliger Abteilungsvorstand der Wissenschaft hier im Lande, eine Anhebung der im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eher geringen Akademikerquote in Österreich ist ein Indikator für das Bildungsniveau der Bevölkerung, die Anhebung und zugleich stärkt es auch uns im Standortwettbewerb der europäischen Regionen, zweifellos.

In diesem Sinne stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs und vor allem über Initiative auch unseres Vizebürgermeisters Walter Ferk den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge sich in einer Resolution für die Abschaffung der Studiengebühren aussprechen und die österreichische Bundesregierung auffordern, das Thema Studiengebühren erneut zu verhandeln, das Beispiel der Alleinerzieherin ist ein gutes Beispiel, das uns in den letzten Stunden gegeben wurde (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick** zur Dringlichkeit: Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Karl-Heinz, wir werden diesem Antrag sehr gerne zustimmen. Sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt. Die Idee der Studiengebühren war damals, wenn ich mich richtig erinnere, die Situation der Universitäten zu verbessern. In Wirklichkeit

ist nichts passiert, es sind fast eine Dreiviertel-Milliarde an Studiengebühren sind herangekommen, man hat den Universitäten auf der anderen Seite das Geld weggenommen und die Studenten sind dadurch immer schlechter gestellt worden. Daher macht es wirklich Sinn, wenn man die Studiengebühren abschafft und was bis jetzt so in Diskussion ist an Alternativen, das ist alles so unausgegoren und wirklich haarsträubend, es ist diese Geschichte mit Hospiz gefallen. Ja, der Herr Gusenbauer will zeigen, wie man Nachhilfe gibt, also das ist alles so hanebüchen, in Wirklichkeit wäre es gescheiter, es würde der Staat die Universitäten wieder ordentlich ausstatten und den Studenten einen freien Zugang zu den Universitäten ermöglichen. In diesem Sinne stimmen wir, wie gesagt, der Dringlichkeit und Inhalt sehr gerne zu.

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Karl-Heinz! Wir haben gestern in Graz eine Demonstration erlebt, wie schon seit langem nicht mehr. Eine gewaltige Menge, meist junger Menschen hat über den Bruch zentraler Wahlversprechen ihrer Empörung Luft gemacht und zugleich gegen eine Regierung demonstriert, die den Sozialabbau der vorherigen fröhlich weiterführt. Was ist darunter zu verstehen? Gusenbauer hat gesagt, Wohlstand muss gerecht verteilt werden. Aber im Regierungsprogramm werden die Reichen und Superreichen nicht angetastet. Von einer Millionärsteuer ist keine Rede mehr. Die Steuerprivilegien der Privatstiftungen, übrigens eine SPÖ-Erfindung, die Steuerprivilegien der Privatstiftungen und der Konzerne werden nicht geschmälert. Statt einer Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage bei der Sozialversicherung werden die Sozialversicherungsbeiträge für alle erhöht, die Mineralölsteuer steigt an, die Öffnungszeiten im Handel werden ausgeweitet, in Betrieben will man die Arbeitszeit, für die man keine Überstunden mehr zahlen muss, erhöhen, Lehrlinge sind leichter kündbar. Die Industriellenvereinigung und die ÖVP sind hochzufrieden. Statt Arbeit und Reichtum gerechter zu verteilen durch höhere Kapital- und Vermögenssteuern, durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust wird der Druck auf Beschäftigte und Arbeitslose noch mehr erhöht. Wo bleibt die Glaubwürdigkeit der Kanzlerpartei? Zurück zum Antrag: Natürlich werden wir ihn unterstützen, die KPÖ hat sich immer gegen Studiengebühren ausgesprochen, nur dass dieser Antrag nun von der Grazer SPÖ eingebracht wird, ist für mich absurd und lachhaft. Bei der gestrigen Demo sind

duzende Male die Worte Lügen und Lügner gefallen, soweit möchte ich nicht gehen, ich spreche lieber von Unwahrhaftigkeit, die, das hat sich auch gestern gezeigt in der Politik, vor allem von den jungen Menschen nicht mehr so hingenommen wird. Auch wenn Franz Voves den Bundeskanzler fernsehwirksam am Telefon warten lässt, er selbst hat im Verhandlungskomitee genau diese Studiengebühren zur Kenntnis genommen und er hat dieses Regierungsprogramm mitbeschlossen. Der Parteivorstand der SPÖ hat, die steirischen Vertreter mit Franz Voves an der Spitze, zugestimmt, die Oberösterreicher bekanntlich nicht. Die steirische SPÖ hätte die Möglichkeit gehabt, dagegen zustimmen, aber alle steirischen Nationalratsabgeordneten haben eben dieses Regierungsprogramm mitbeschlossen. Noch besser, vorgestern bei der ersten Nationalratssitzung am 16. Jänner hat die SPÖ und damit auch alle ihre steirischen Abgeordneten ihren eigenen alten Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren, der nun von den Grünen eingebracht wurde, abgelehnt. Das ist für mich absurd und lächerlich. Eine Partei tut gut daran, nach der Wahl bei dem zu bleiben, was sie vor der Wahl gesagt hat. Das gilt natürlich auch für die ÖVP. Ministerin Gehrler hat ja stolz behauptet, es wird keine Gebühren geben, um sie darauf raschest einzuführen. Aber die ÖVP tut sich leicht, es herrscht dort das Prinzip „der Papa wird's schon richten, der zahlt schon“, weniger Konkurrenz im Studium, weniger Konkurrenz bei der Arbeitssuche, schlecht ausgestattete Unis mit ordentlichen Studiengebühren stärken natürlich das Rückgrad privater Universitäten. Lieber Karl-Heinz, ich nehme an, dass dieser Schritt von dir aus einer gewissen Panik heraus gesetzt wurde, die neuesten Umfragen sprechen ja ihre deutliche Sprache. Wie gesagt, es geht um Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik, erspare uns bitte nach der nächsten Wahl die üblichen Krokodilstränen über die sinkende Wahlbeteiligung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bitte auch, weil wir jetzt bei der Dringlichkeit sind, dass wir, hören tun wir sie sowieso, aber dass wir versuchen, möglichst geschäftsordnungsgemäß zu machen, eine kurze Wortmeldung zur Dringlichkeit und die inhaltliche Debatte kommt dann danach.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Die ÖVP wird gegen die Dringlichkeit des Antrages stimmen.

GRin. **Binder**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Die Grünen stimmen der Dringlichkeit zu.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Binder** zum Antrag: Nur kurz noch zum Inhalt beziehungsweise zur Bedrängnis, in der sich die SPÖ in dieser Stadt befinden muss. Also, in letzter Zeit ist es so, dass es mir auch oft so geht, dass ich nicht immer gerne in meiner Haut stecke, vor allem, wenn ich ans Politische denke und an die kommenden Gemeinderatswahlen, aber in eurer Haut möchte ich jetzt gleich gar nicht stecken. Gerade was die Fragen von Versprechen und Versprechen gebrochen betrifft, und der Kollege Andreas Fabisch hat das eh in sehr tragenden Worten inhaltlich vollkommenrichtig ausgedrückt. Worauf ich aber verstärkt noch einmal hinweisen möchte, ist, dass ihr, das ist jetzt einmal die SPÖ, aber auch die ÖVP, eines auf die Fahnen schreiben müsst, gestern war die studentische Jugend extrem aktiv und hat gezeigt, was sie auf keinen Fall mehr akzeptieren wird, nämlich auch nur eine Lüge. Und ich bin nur im letzten Teil der Demonstration mit dabei gewesen und was ich so rundherum an Gesprächen mitbekommen habe bei den jungen Menschen war, dass sie so zweigespalten, die einer sehr kämpferisch bleiben und auch kundtun, dass sie auf keinen Fall mehr ihre Stimme der SPÖ geben werden und der andere, von der ÖVP überhaupt zu schweigen, Teil war der, der so irgendwie gesagt hat und sich überlegt, wozu überhaupt noch an Wahlen teilnehmen. Sie sehen andere Möglichkeiten für sich und sind dabei, andere politische Aktionsmöglichkeiten zu entwickeln. Und wir kämpfen seit vielen Jahren gegen die sinkenden WählerInnenzahlen und ich glaube, die SPÖ bundesweit und die ÖVP haben sehr

viel dazu beigetragen, dass in nächster Zeit noch weniger zur Wahlurne gehen werden.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Damen und Herren! Weder Panik noch Absurdität ist mit diesem Antrag zu verstehen und weil gerade die Vorrednerin ganz besonders von Glaubwürdigkeit gesprochen hat, erinnere ich nur, auch das muss möglich sein, an das Sommergespräch ihres Grünen Bündnissprechers Van der Bellen im Fernsehen und als dieser gefragt wurde, damals hat man ja geglaubt, dass die Grünen oder die Grünen geglaubt, dass sie in die Regierung eintreten werden, ob das denn dann ein Grund wäre, eine Regierung mit der ÖVP nicht zu bilden, er hat genau diesen Punkt eigentlich klargestellt, das ist nicht der Hinderungsgrund. Was ich meine, meine Damen und Herren, kehren wir alle vor der eigenen Türe, ich bin froh, dass die Kollegin Klubobfrau Mag. Uray-Frick ganz besonders die Situation der Universitäten herausgestrichen hat und ich glaube wohl, dass in der Landeshauptstadt, wo wir fünf Universitäten haben, es wohl naheliegend ist, noch dazu in einer Situation, wie wir sie alle uns nicht wünschen, auch ich nicht, meine Damen und Herren, nämlich wo es große Irritationen bei den Studierenden gibt und ich nehme schmerzlich sehr wohl ernst die Kritik, die am Zustandekommen in diesem Punkt der neuen Koalition zum Ausdruck gebracht wird. Das was wir aber immer gesagt haben als Grazer SPÖ im Wahlkampf und schon viele Jahre davor, nämlich dass wir aus prinzipiellen, wenn Sie wollen, aus ideologischen Gründen uns gegen Studiengebühren aussprechen und deswegen auch gemeinsam mit allen, die ebenfalls dieselbe Auffassung haben, nämlich einen barrierefreien Zugang zu den Universitäten zu haben, einen freien Studienplatz zu erhalten, sehen wir heute genauso diese Meinung für uns im Vordergrund und wenn Sie wollen, gehen wir gerne auf kritische Distanz. Jawohl, es ist so, wir haben eine Regierung gebildet, in der wir auf Grund des Wahlergebnisses knapp vor der ÖVP gelegen sind und auf Grund auch dieses Wahlergebnisses, weil eine Partei, nämlich die ÖVP, sie deklariert sich ja auch heute sehr klar, in Wirklichkeit für die Studiengebühren eintritt, es uns noch nicht gelungen ist, die Abschaffung beziehungsweise einen sozialen Weg bei den Studiengebühren zu gehen, zu beschreiten und deswegen (*Applaus SPÖ*), meine Damen und Herren, erwarten wir uns heute mit einem klaren Votum des Grazer Gemeinderates, ich weiß,

dass am selben Tag in Linz ebenfalls ein klares Votum zu dieser Frage zum Ausdruck gebracht wird, dass in der Bundesregierung in dieser neuen Koalition die zuständigen, verantwortlichen Ministerin und Minister neue Gespräche aufnehmen und wir werden die Bretter ordentlich weiter bohren, ich werde sie bohren mit der Grazer SPÖ ohne Panik und ohne Absurdität, weil wir glauben, dass in diesen Stunden es wichtig ist, den Menschen in unserer Landeshauptstadt, den 60.000 Studierenden auch zu zeigen, dass wir hinter ihnen stehen, dass wir Verständnis für ihre Sorgen und für ihr Kritik haben (*Applaus SPÖ*). Das ist es, meine Damen und Herren, und ich lade die ÖVP in Graz ein, wir sind Universitätsstadt, wir werden alle Gespräche mit den jungen Menschen führen, vielleicht auch etwas nachdenklicher zu werden und hier eine gemeinsame Vorgangsweise, das wünsche ich mir, der gesamten Stadt gegenüber, der neuen Koalition zum Ausdruck zu bringen, ein paar Minuten Zeit haben sie noch (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Herr Vizebürgermeister, die paar Minuten, die wir jetzt Zeit haben, werde ich hoffentlich gut nützen. Wir sind gegen die Dringlichkeit, wir sind gegen den Inhalt des Antrages. Ich möchte mit einem Satz meine Wortmeldung beginnen, der mir der wichtigste ist. Den wiederhole ich, weil ihn schon viele verantwortungsvolle Politiker vor mir gesagt haben, der lautet: Jede/jeder, der studieren will, jedem muss es auch möglich gemacht werden, das ist der wichtigste Satz (*Applaus ÖVP*). 188 Millionen Euro werden derzeit aus dem Bundesbudget für Studienbeihilfen ausgegeben. Vergleich, durch die Studienbeiträge, die man jetzt abschaffen will, kommen 140 Millionen Euro herein, was ist seit der Einführung im Jahr 2001 erzielt worden oder was war die Folge? 2005 haben 21.000 Studierende das Studium beendet, um 35 % mehr als im Einführungsjahr 2000. Der Anteil der Studierenden, die keine Prüfungen ablegen im ersten Studienjahr, ist von 39 auf 20 % gesunken, jeder fünfte und das ist jetzt der Grund, warum das alles so positiv sich auswirkt, weil jeder fünfte Uni-Studierende und jeder dritte FH-Studierende die Studiengebühr voll abgegolten bekommt. Hören wir auf, dass hier nicht auf die sozial Schwachen Rücksicht genommen worden wäre und weiterhin wird, das ist falsch (*Applaus ÖVP*). Es ist auch die Refundierung der

Studiengebühr nicht nur auf die Stipendienbezieher beschränkt, sondern es ist bei der Einführung der Studienbeiträge zu einer zusätzliche Kategorie der zu Fördernden gekommen, die sogenannte Studienzuschüsse erhalten, die kriegen zwar kein Stipendium, wegen des etwas zu hohen Einkommens, aber die kriegen die Studiengebühr zum Großteil oder teilweise abgegolten und diese Begleitmaßnahmen, auch im Zusammenhang mit einer Anpassung der Stipendien, haben zu einer sozial ausgewogenen Implementierung dieser Studienbeiträge geführt (*Applaus ÖVP*). Und wenn Karl-Heinz Herper die Bundesministerin Kdolsky und Bures anführt, die hier soziale Verbesserungen aushandeln wollen gegenüber dem Regierungsübereinkommen, so etwas ist tatsächlich auch für die Studiengebühren vorgesehen, es steht drinnen im Punkt 1 des Wissenschaftsübereinkommens, ich lese vor das gemeinsame Übereinkommen: Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird das Beihilfensystem im Hinblick auf seine soziale Treffsicherheit untersuchen und Verbesserungsvorschläge erstatten.

Wir stehen dazu, auch eine bisherige Errungenschaft der Studienzuschüsse und Erhöhung der Stipendien ist selbstverständlich zu verbessern. Nur was fordert die Sozialdemokratie, das glatte Gegenteil, sie fordert die undifferenzierte Abschaffung der Studienbeiträge, ohne Rücksichtnahme, ob das ein leistbarer Beitrag ist, es gibt viele Doppelverdiener mit sehr gutem Einkommen, für die spielt, Hand aufs Herz, das keine wirkliche Rolle. Die sollen genauso nichts zahlen, wie die „Armen“, Anführungszeichen, die ohnedies nichts zahlen jetzt, weil sie es mit dem Stipendium refundiert bekommen. Dieser Vorschlag ist daher, es ist keine Übertreibung und keine Überheblichkeit, die undifferenzierte Abschaffung der Studiengebühren ist unsozial (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Walter, in der Steiermark ist eine andere Auffassung, das wundert mich, denn bereits zur Landtagswahl wurde mit dieser Parole, und mir fällt es jetzt schwer, das Wort in den Mund zu nehmen, die nicht annähernd realisiert werden

konnte, Wahl geworben und ich glaube wir sollten aufhören, mit sozial unausgewogenen Parolen Stimmen zu fangen und darüber hinaus sie nachher ohnedies, weil sie auch gänzlich unvernünftig sind, dann sie nicht einhalten zu können, wir gehen diesen Weg nicht (*Applaus ÖVP*). Und die Volkspartei steht selbstverständlich zu dem Regierungsübereinkommen, das nochmals für die Studierenden fünf Punkte enthält, Förderung der Studierenden, Maßnahmen zur Verringerung der Studienabbrecher, weitere Verbesserung der Studienbedingungen und Frauen in die Wissenschaft sowie Entwicklung des Universitätsgesetzes, und wofür werden denn diese Studienbeiträge in der Höhe von 140 Millionen Euro verwendet? Für die Verbesserung der Studienbedingungen und wenn Sie fordern die Aussetzung und die Aufhebung der Studiengebühren und gleichzeitig Verbesserung der Studienbedingungen, so ist das so gesehen ein Zielkonflikt, ein Widerspruch und wir können eure Ausführungen in diesem Zusammenhang nicht ernst nehmen und ich darf warnen vor der Auslegung, wie ihr die soziale Verbesserung der Bedingungen der Studierenden auslegt, mit einer undifferenzierten sozial nicht auf die individuelle Lage der Schwächeren Rücksicht nehmenden Maßnahme, das hat mit freiem Bildungszugang nichts zu tun, das ist das Gegenteil (*Applaus ÖVP*). In fast allen Österreich umgebenden Ländern, in Tschechien, in Deutschland, in Italien, in Slowenien gibt es solche oder ähnliche Studiengebühren, wir müssen in Österreich, das hat der EU-Beitritt uns verpflichtet, zu denselben Bedingungen, wie wir unsere Leute studieren lassen, die EU-Ausländer studieren lassen, wenn wir hier, das ist jetzt ein weiterer Grund, das hat mit sozial jetzt nichts zu tun, wenn wir das tun, dann öffnen wir die Schleusen für ausländische Studierende, die uns schon in gewissen Bereichen große Probleme, weil sie unseren Studierenden die Plätze weggenommen haben, wir verschlechtern sogar die Studienbedingungen für unsere Studierenden, ich gebe das zu überlegen, daher komme ich zum Schluss, ein Nulltarif, und der wird hier gefordert, ist in meinen Augen, wenn er sich so darstellt, populistisch und weltfremd. Es gibt nicht die Kuh, die alle melken können und die niemand füttert, das gibt es nicht, das hat man bisher nicht erfunden, das hat man im ehemaligen Ostblock nicht erfunden, das ist gescheitert und wir wollen das jetzt wieder einführen. Ich warne davor, wohl aber bekennen wir uns vollinhaltlich zu einer Verbesserung der Studienbeihilfen, auch mit Mitteln aus den Einkünften der Studienbeiträge, dafür würde ich eintreten, 10 oder 20 % der Studienbeiträge für die Verbesserung der Stipendien zu widmen. Aber es ist unsozial, damit schließe ich, die Studiengebühren

undifferenziert abzuschaffen und damit stelle ich den Antrag, auch diesem Antrag die Zustimmung zu verweigern (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Ich denke, dass sich mein Vorredner da ein wenig einfach tut mit der Rechnung, mit 20 % der Studiengebühren den Rest sozialgerecht zufriedenstellen zu können. Ich war einer, der studiert hat, wo es noch keine Studiengebühren gegeben hat, das war auch damals nicht zum Nulltarif, die Kosten waren trotzdem beträchtlich. Stipendien waren meistens damals auch keine ausreichende Hilfe. Aber mir geht es heute um was anderes, wir haben es alle noch im Ohr, wie es getönt hat, mit einem Kanzler Gusenbauer wird es keine Studiengebühren geben. Hätte Alfred Gusenbauer gesagt, bei 51 % Zustimmung zur SPÖ oder mehr wird es keine Studiengebühren geben, dann hätte er heute ein Problem weniger. Und vergleichsweise, Herr Vizebürgermeister, war Alexander Van der Bellen sehr ehrlich, wie er im Sommergespräch, Herr Vizebürgermeister, Alexander van der Bellen war vergleichsweise zu Alfred Gusenbauer sehr ehrlich, wie er im Sommergespräch gesagt hat, er kann nicht ausschließen, dass das Ende von Regierungsverhandlungen zwischen Schwarz oder Rot mit Grün eventuell Studiengebühren einschließen würde, weil er so eine Sache im Gesamtpaket betrachten würde. Es war eine Äußerung, die mir damals nicht wirklich viel Freude gemacht hat, aber rückwirkend war diese Bemerkung sehr, sehr ehrlich und ich denke auch sehr klug. Hätte Alfred Gusenbauer ähnlich gesprochen, hätte er eben ein Problem weniger, denn es geht hier nicht nur um die Studiengebühren, sondern es geht vor allem um eklatant gebrochene Wahlversprechungen und die SP hat dieses Wahlversprechen eben mindestens ebenso eklatant gebrochen wie zuvor die VP die diversen Wahlversprechungen von, wenn wir Dritte werden, gehen wir in Opposition angefangen, aber bleiben wir bei den Studiengebühren. Es ist eh schon gesagt worden, Gehrler hat gesagt, sie werden nicht kommen, hat sie eingeführt und was mich am allermeisten ärgert, und Kollegin Uray-Frick hat das vorher angesprochen, das war eigentlich diese Verhöhnung, dass man behauptet hat, mit den Studiengebühren würden die Universitäten besser ausgestattet werden. Und ich lade jetzt wirklich alle ein, nicht in die Herrengasse zu gehen, sondern irgendwann einmal auf die Uni umzuschauen, und ein Blick auf die Uni reicht, um festzustellen,

dass das eigentlich das fatalste gebrochene Wahlversprechen war, weil da hat man das Geld genommen und das Versprechen nicht erfüllt und das ist irgendwie doppelt gemein gewesen. Und dazu habe ich mit dem Antrag, Karl-Heinz, auch wenn wir zustimmen werden, halt schon auch noch ein Problem, ich erinnere mich, es ist irgendwie immer diese lustige Doppelstrategie, die es bei großen Fraktionen gibt. Die übergeordnete Organisation beschließt etwas, womit die Leute keine Freude haben, und die untergeordnete Organisation geht raus und sagt, wir verstehen euch, wir sind ganz bei euch. So im Kleinen haben wir das hier gehabt mit den Schließungen der Volksschulen, im Bezirk Ries, da waren sich sowohl die ÖVP- als auch die SPÖ-Bezirksorganisationen einig, dass das ganz, ganz falsch ist und sie waren ganz bei den Leuten und sie haben alles versucht, aber der Gemeinderat ist halt drübergefahren und ganz ähnlich ist es da und wir dürften nicht vergessen, dass wir alle, wenn wir hier zustimmen, der SPÖ auch dabei helfen, aus dieser misslichen Lage ein bisschen herauszukommen und den Leuten zu signalisieren, es sind ja nicht alle böse Sozialisten, es gibt ja auch die guten und wir sind bei euch, Karl-Heinz. Wir wissen, dass wir euch dabei helfen, wenn wir das tun. Wir tun das aus der Überzeugung, weil die Entscheidung, die Studiengebühren nicht abzuschaffen, falsch war und aus keinem anderen Grund.

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Bürgermeister! Ohne jetzt, wie früher seitens der KPÖ das gesamte Regierungsprogramm zu zitieren, will ich nur ausführen, es ist der SPÖ Graz wichtig, dass keine Studiengebühren umgesetzt werden. Es ist ein Anliegen der SPÖ Graz. Selbst dann, wenn die Bundesebene in eine andere Richtung geht. Die Studiengebühren die sind eingeführt worden, um die Situation der Studierenden betreffend von Ausbildungsplatz gegenüber betreffend der gesamten Infrastruktur zu verbessern. Wir alle wissen, die irgendwie in diesem Nahbereich tätig sind, dass das tatsächlich nicht der Fall war, das heißt, die Studiengebühren die sind eingeführt worden, aber verbessert für die Studierenden hat sich in Wirklichkeit nichts. Wer sich ein bisschen mit diesem Bereich und mit den Studierenden auch auseinandersetzt, so lange ist es für manche vielleicht noch gar nicht her, weiß, dass es zwar schon Studenten gibt, die reichere Eltern haben, die Eltern als Doppelverdiener haben, aber nicht

unbedingt, dass die Studierenden mit diesen Eltern auch in einer familiären Eintracht leben, und ich kenne -zig Fälle, wo im Endeffekt dann die Studierenden, wenn sie es wollen, vom Rechtlichen her könnten sie es, ihre eigenen Eltern klagen müssen, das wäre auch bei den Studiengebühren der Fall und das wollen jetzt aber viele nicht und dementsprechend finde ich deine Aussage, lieber Herr Klubobmann Piffl, dass es unsozial ist, wenn wir eine Studiengebühr also nicht einführen, die eben nicht sozial gestaffelt ist auch, finde ich eigentlich nicht rechtmäßig, weil in Wirklichkeit soll der freie Zugang zu den Universitäten erhalten und wieder aufrecht erhalten werden. Und dementsprechend appelliere ich natürlich auch für die Zustimmung des Antrages (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine Anmerkung sei mir auch erlaubt zu den Studiengebühren, weil hier gerade vom Kollegen Fabisch in den Raum gestellt worden ist, dass quasi keine Investitionen passieren. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass allein in der Landeshauptstadt Graz von Seiten der Bundesimmobiliengesellschaft bis zum Jahr 2010 350 Millionen Euro weiter in universitäre Bauten gesteckt worden sind. Soviel Geld für die Universitäten hat es überhaupt noch nie gegeben. Ich glaube, dass es dringend an der Zeit ist, eine Universitätsreform durchzuführen, deren Selbständigkeit, das dauert, das geht nicht alles von heute auf morgen, auf lange Sicht den Universitäten wirklich gut tun wird. Aber in einem Punkt möchte ich auch noch was hinzufügen, nämlich als ÖVP haben wir nichts zu verändern, wir glauben, dass das ein unsozialer Zugang ist, weil derjenige, der es sich nicht leisten kann, dem wird diese Studiengebühr erlassen, es gibt darüber hinaus noch mehrere Möglichkeiten, die hat es vorher schon gegeben, leider ist es zu schlecht kommuniziert worden, du kannst einen Kredit bekommen, einen zinsenlosen, zusätzlich noch und, und, und, das sind alles Maßnahmen, die zusätzlich kommen. Und wenn jetzt die beiden Regierungspartner auf Bundesebene noch einen Zusatz hinzugefügt haben, der ist mir viel zu lächerlich abgetan worden, ich sage das hier ganz, ganz deutlich, das ist nämlich der Zugang zur Bürgergesellschaft. Mag schon sein, dass das manche Leute stört, vielleicht war es auch nicht ausgegoren und man hat einfach irgendwas in den Raum gestellt, wo man da helfen kann für die Sozialarbeit oder sonst was bis zu Nachhilfestunden und, und, und, aber von einem

jungen studierenden Menschen heute zu verlangen, wenn er etwas bekommt von der Gesellschaft, nämlich eine Top-Ausbildung, dass er dann gleichzeitig auch dieser Gesellschaft etwas zurückgeben kann, wenn er woanders mehr verdient durch Kellnern oder Jobs oder was auch immer, dann ist ihm das ja freigestellt, es wird ja keiner gezwungen. Aber wenn es heute Leute gibt, wie bei uns in Graz, die einen Rot-Kreuz-Dienst machen, wir werden dann sehen, was zum Schluss rauskommt und Tag und Nacht am Samstag, am Sonntag für uns da sind, dann kann sich der das anrechnen lassen. Das würde ich doch nicht gleich verteufeln und sagen, das ist alles so schlecht, das ist eine Provokation, sind nur sechs Euro, vielleicht reden wir über 50 oder 60 Stunden, die da angerechnet worden sind. Aber ich habe diesen Zugang zur Bürgergesellschaft positiv gesehen, das ist eine weitere Ergänzung gewesen, ich weiß nicht einmal, wer das eingebracht hat von den verhandelnden Personen. Das sind ein paar Dinge, die ich da noch dazusagen muss und, Kollegen Candussi, auch noch einmal untere und obere Ebene, na selbstverständlich gibt es einen unterschiedlichen politischen Zugang, weil die Schulschließung in Ries dabei war, na selbstverständlich aus der Bezirkssicht ist es keine gute Entscheidung gewesen, aber wir haben gerade hier herinnen nicht nur die Bezirkssicht zu sehen, wir haben auch eine gesamtstädtische Verantwortung und die heißt, dass in einem gleich daneben Schulen leer stehen und wir diesen Schule schwer umbauen hätten müssen, aus dem Grund haben wir es getan. Das heißt, es ist durchaus möglich, dass eine untergeordnete Ebene andere Meinungen vertreten will und muss, als es die darübergerordnete hat, der Beschluss ist ja auch in der Gesamtverantwortung für uns kein leichter gewesen. Das wollte ich da auch noch sagen. Ich sage noch einmal, dieses Abschaffen der Studiengebühren kommt für uns als Volkspartei nicht in Frage, weil diese Gelder ausschließlich für die Universitäten verwendet werden. Es gibt viele Menschen, die es sich leisten können, und kommen Sie bitte mit jenem Studierenden auch zu mir, der sagt, er kann nicht studieren, weil er sich die Studiengebühren nicht leisten kann und ihm nicht geholfen wird. Zeigen Sie mir den bitte und nicht jene, die auch sehr politisch motiviert ihre Protestrufe relativ laut und deutlich wieder nach draußen gegeben haben. Bringen Sie diese Menschen zu mir, ich möchte sie gerne haben, dann können wir weiter darüber diskutieren, wenn wir helfen sollen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bitte? Was und die zahlt Studiengebühren, eine allein erziehende Mutter mit einem Kind, dann habt ihr nicht angesucht darum.

Zwischenruf StRin. Kahr: ...Wohnungskosten zu tragen hat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment, wir reden von den Studiengebühren, nicht von generellen Lebensumständen.

Zwischenruf StRin. Kahr. Die hat aber niemanden, der das bezahlt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das hat nichts mit Studiengebühren zu tun, die Studiengebühr bekommt sie sicherlich erlassen. Dann muss sie weiterschauen, wie man helfen kann, aber es hängt nicht von der Studiengebühr ab, die wird ihr von der Republik Österreich erlassen und es wäre eine falsche Diskussion jetzt zu sagen, es geht ihr so schlecht, weil sie nicht studieren kann, da kann man über Stipendien und Unterstützungen nachdenken, aber die Studiengebühr ist es nicht, das bitte ich, auseinander zu halten (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Herr Bürgermeister, gerade ihr Argument von jetzt zum Schluss, dass Studierende, die ein Studium von der öffentlichen Hand finanziert bekommen, das sie der Gesellschaft auch was zurückgeben müssen...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das hat er so nicht gesagt.

GR. **Edlinger**: ...nein, nein, nein, dass es schon ihre Verpflichtung ist, da auch etwas zurückzugeben. Ich will jetzt ja nicht, zeigt aber ganz gut auf, warum hier keine andere Lösung auf Regierungsebene gefunden werden konnte als diese letztendlich sehr seltsame Sozialdienstvereinbarung insofern, weil es nämlich, Herr Piffli-Percevic, lieber Klubobmann, keine Frage jetzt von unterschiedlichen Sachargumenten in Wirklichkeit ist, ob die Partei ÖVP oder wir uns für oder gegen Studiengebührenausesprochen haben, sondern weil es einfach grundsätzlich eine Frage des ideologischen Zugangs zum Thema Studiengebühren ist und da stehen wir einfach konträr auseinander ÖVP und SPÖ und deswegen war einfach auch keine andere Lösung möglich als dieses seltsame Sozialhilfe-, Nachhilfe- oder was auch immer -modell. Es ist nicht die Frage der Vernunft, ob dieses Argument vernünftig oder nicht, sondern es geht halt in unseren Augen um den Zugang und um die ideologische Haltung, dass der Zugang zur Bildung einfach ein Grundwert an sich ist, das Bildung ein Grundwert an sich ist und da können wir uns nicht einigen (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Genau das soll durch eine gerechte Kostenverteilung erreicht werden.

GR. **Herper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hermann, es ist keine lustige Geschichte, also wenn du das meinst so lala, die oben sagen dies und die da unten sagen jenes, das ist eine unlustige Geschichte, das schmerzt. Warum das schmerzt, sage ich dir auch, aus einem privaten Grund, ich habe eine Tochter gehabt, die hat studiert, die hat daneben gearbeitet, jetzt ist sie im Beruf und es war eine zusätzliche Leistung zu erbringen, obwohl sie geschöpft hat. Mein Sohn studiert gerade, schöpft daneben, arbeitet, aber es sind zusätzliche Leistungen zu erbringen und was hinzu kommt, ich habe gesagt, 70, 75, 80 % machen das, um das überhaupt leistbar zu machen. Ich könnte mir das sicher leisten, gar keine Frage, aber ich habe ihnen gesagt, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sie sich daneben das erarbeiten und das mitfinanzieren. Deswegen empfinden ja viele den Vorschlag mit den sechs Euro als zynisch und als weltfremd, so wie er drübergekommen ist, als zynisch und als weltfremd und dort wo gerade Professionalität und vor allem viel fachliche Qualität gefordert wird in den Sozialdienstes, ich sage das auch einmal. Zweitens, diese jungen Leute, die nur die 3.000, die gestern demonstriert haben, ich kenne unzählige andere, meine eigenen selber, die haben sich darauf verlassen, da kann man selbstkritisch sagen, wir hätten sollen, wir hätten können und wir hätten würden, von Gusenbauer aufwärts. Ich will jetzt kein Kleingeld, ich bin selbstkritisch genug, dass ich darunter leide, dass es für mich schmerzvoll ist, es ist keine lustige Geschichte. Ich könnten mit dir das Kleingeld wechseln oder mit der Sigi und sagen, wie hat sich denn der Anschober verhalten, wie der Antrag am Montag in der oberösterreichischen Landesregierung war, wie er mit der ÖVP gemeinsame Sache gegen uns gemacht hat beim gleichen Antrag, no, du erzählst mir von Van der Bellen, der hat gesagt, es ist keine Bedingung für eine Regierungsvereinbarung, ja so könnte man gegenseitig uns das Kleingeld austauschen, ja wozu das Ganze? Wir haben in der Steiermark eine Verantwortung übernommen bei dem Regierungswechsel vor mehr als einem Jahr, wir haben eine Mehrheit in der Regierung und dort, wo wir eine Mehrheit in der Regierung hatten, hatten wir das Wahlversprechen einzulösen. Das haben wir in der Steiermark gemacht und wenn die ÖVP bei der nächsten Landtagssitzung einbringen wird einen Antrag auf Wiedereinführung der Studiengebühren in den Fachhochschulen in der Steiermark, dann werden wir mit Mehrheit dagegen stimmen, gar keine Frage. Wir bleiben konsequent, es ist eine steirische Linie, ist eine Grazer Linie, wir sind verpflichtet den Wählerinnen, den Wählern, wir sind verpflichtet den jungen Menschen und wir sind

verpflichtet den jungen Funktionären, die sich darauf verlassen und die Hacken abgerannt sind, das sind wir und da stehen wir auch (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Konsequenz hat mit Vernunft nicht unbedingt zu tun.

GR. **Herper:** Du kannst mir alle vernunftmäßigen Gründe machen, geben, die akzeptiere ich, du bist ein Vernunftmensch, jetzt reagiere ich emotional und das ist ein emotionales Thema der Sonderklasse, weil es mehr ist, weil es eine Symbolkraft hat, weil es für die Menschen mehr Empfindungen hat als über die Kopf- und Hirnwindungen, das sage ich dir auch einmal. Deswegen bin ich dafür, die Zugangsbarrieren abzubauen und nicht aufzubauen, so wie das jetzt erfolgt. Deswegen bin ich für eine vollständige Abschaffung der Studiengebühren. Ich bin gegen die Belastungen für weniger Begüterte, das ist klar, aber ich erwarte mir von dem, was jetzt schon angekündigt ist, ein neues Model auszuarbeiten, aber nicht aus bisherigen Vorschlägen für das Sozialmodell und ich verstehe schon dich, Sigi Nagl, sehr gut, ich habe bei meiner Budgetrede gesagt, ich bin für das Ehrenamt, ich bin für die ehrenamtliche Tätigkeit und ich verstehe vollkommen das Prinzip der Bürgergesellschaft. Aber nicht zu dem Frondienst in einer hochqualifizierten Tätigkeit, so sind die Studenten unser künftiges Potential, unser geistiges nicht dazu da. Deswegen erwarte ich mir bessere und ausgeklügelte und besser kommunizierte Modelle, die auszuarbeiten sind. Wir stehen nach wie vor dazu, hier stehe ich unter dem Motto, ich kann nicht anders, für die Abschaffung der Studiengebühren (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

6) Zukünftige Pflegesicherung

GRin. Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Stand September 2006 gibt es in der Steiermark 55.678, davon 18.768 Männer und 36.910 Frauen, BundespflegegeldbezieherInnen. Daneben weist die Landeshauptstadt Graz 1.654, davon 620 Männer und 1.034 Frauen, BezieherInnen von Landespflegegeld auf, wobei es bei der Finanzierung einen Aufteilungsschlüssel zwischen Land und Stadt gibt in der Höhe von 60 : 40, das heißt 60 % Land und 40% Stadt.

Der Bedarf an Pflege wird bedingt durch die längeren Lebenserwartungen natürlich immer höher.

In Anbetracht der großen Debatte um Pflegesicherung ist es notwendig, dass die Stadt Graz als Trägerin eines nicht unerheblichen Teiles der Kosten des Landespflegegeldes sich dafür einsetzt, dass zukünftig die Pflege unserer pflegebedürftigen Mitmenschen sichergestellt wird. Es ist nicht zu vergessen, dass jeder Mensch in die Lage kommen kann und in die Notwendigkeit kommen kann, Pflege zu bedürfen. Unabdingbar ist, dass zukünftig die Pflege auch zentral finanziert soll und keine Belastungen für die Kommunen erfolgen sollen.

Pflegesicherung ist eine gesamtpolitische Aufgabe und darf nicht dem Markt überlassen werden. Es ist sogar zu sagen, dass im Pflegebereich eine private Kapitalmarktfinanzierung keinen Platz hat.

Pflegeleistungen müssen jedem, jeder Pflegebedürftigen zur Verfügung gestellt werden, unabhängig davon, ob er oder sie Beiträge geleistet hat oder nicht und unabhängig von Vermögensstand und vom Familienstand.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen stelle ich namens der SPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge im Petitionswege die neue Bundesregierung auffordern, gemäß dem Motivenbericht nach Rücksprache mit dem Sozial- und Gesundheitsforum im Hauptverband der Sozialversicherungsträger Maßnahmen in die Wege zu leiten, um eine künftige Pflegesicherung auf finanzierbare und sichere Basis zu stellen im Sinne des Gemeinwohles der Bevölkerung und ohne weitere Belastungen für die Kommunen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Die Volkspartei stimmt der Dringlichkeit zu.

GR. **Schmalhardt**: Die KPÖ stimmt zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Rajakovics** zum Antrag: Wie gewünscht haben wir zur Dringlichkeit ganz kurz und dafür zum Antrag doch zum Inhalt des Motivenberichtes, es ist ein bisschen und das habe ich der Karin Sprachmann auch gesagt, mich stört es ein bisschen, dass das Ganze ein bisschen oberflächlich, no na net wird man sich für die Sicherung der Betreuung einsetzen müssen, daher soll man ein bisschen vorsichtig sein bei manchen Formulierungen, die man in einen Motivenbericht hineinschreibt. Vor allem nicht, und zur Zeit ist es einmal so, dass die Pflege in Österreich für Arm und Reich gesichert ist. Die Frage ist, wie lange und wie weit wir es noch absehen können, ich glaube schon, dass wir über die soziale, vor allem jene finanzieren, die sich das selber nicht leisten können. Die Schlussfolgerung und das ist auch in dieser ganzen Diskussion durchaus etwas, was man auch diskutieren soll, dass wir älter werden und deshalb der Bedarf an Pflege zunimmt, stimmt nur bedingt. Tatsache ist, dass die Menschen immer „gesünder älter werden“, unter Anführungszeichen, allerdings die Multimobilität mit möglicherweise fatalen Folgen, in einer relativ kurzen Zeit sehr

viel an Pflege zu brauchen eventuell zunehmen könnte und das auch prognostiziert wird. Die Frage, wie weit man ältere Menschen, es gibt Modelle in Japan, wie weit auch ältere Menschen, noch Ältere pflegen, wie weit man da Systeme neu überdenken kann, das sind ganz wichtige Fragen. Also ich würde das Sichern von Pflege nicht nur auf das Finanzielle und ob das jetzt über den Markt passiert oder ob das über Steuern oder wie auch immer oder über eine generelle Krankenversicherung passiert, würde ich nicht nur auf das reduzieren. Der Hauptverband ist jedenfalls zur Zeit der falsche Adressat, denn im Hauptverband geht es um die Krankenversicherung und Kosten für Behandlungen zu übernehmen, die jemanden wieder gesund machen, daher, wenn man auch die Protokolle zur Hauskrankenpflege liest, ist der Hauptverband eindeutig im Moment nicht zuständig, wenn jemand ein reiner Pflegefall ist. Die Sache mit dem Markt ist mir auch nicht ganz klar, weil die Sache mit dem Markt ist ja nur ein Modell, wo jemand eine Versicherung abschließt, dass er Eigenmittel, also Kosten, die als Selbstbehalt bleiben beziehungsweise einen höheren Standard finanziert, also der Markt, der die Grundsicherung im Pflegebereich machen soll, den möchte, glaube ich, niemand, der soll auch nicht kommen. Faktum ist, wir müssen uns entscheiden und bald entscheiden, wird die Pflege über Steuern finanziert wie bisher oder über einen Versicherungsbeitrag. Es bleibt jedoch dabei und da soll man niemanden anlügen, es bleibt dabei, der Arbeitnehmer beziehungsweise der Arbeitgeber muss von seinem Einkommen auch vorsorgen für die Pflege, entweder es wird ihm von der Steuer weggenommen oder es wird ihm bei einem höheren Sozialversicherungsbeitrag weggenommen, zahlen tut es immer der, der aktiv im Arbeitsleben steht. Abschließend darf ich noch auf das gestern im Sozialausschuss präsentierte EU-Projekt und den Grazer Beitrag, wo es ganz besonders darum geht, darauf hinzuweisen, dass Gesundheit und Wohlbefinden möglichst bis ins hohe Alter gewährleistet werden muss und man muss auch Wege dazu finden, wie man sie gewährleisten kann, um einer Vereinsamung der alten Menschen, die meistens dann auch zu Krankheitssymptomen führt, vorzubeugen. Insofern ist das Thema grundsätzlich natürlich ein ganz wichtiges, mir ist das Ganze aber etwas zu rasch und zu oberflächlich gekommen, aber ich freue mich drüber, dass wir gemeinsam natürlich dafür eintreten und wir werden sicher auch zu dem Thema noch zumindest im Sozialausschuss immer wieder diskutieren. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schmalhardt:** Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wir sprechen hier bei diesem Problem von rund 56.000 Steirerinnen und Steirer, die dieses Problem betrifft. Wir stimmen natürlich gerne diesem Antrag zu, er ist aber leider sehr allgemein gehalten, außerdem lassen die Zusammensetzungen und das Programm der neuen Bundesregierung erwarten, dass sich am Schluss nicht die schönen Erwartungen, sondern vor allem ganz konkrete Kapitalverwertungsinteressen durchsetzen. Deshalb lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um unsere Vorstellungen zu diesem Thema darzulegen, dass es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer wichtiger werden wird. Die Pflegeversicherung sollte Aufgabe des Staates sein und mindestens eine Grundsicherung für unsere Bürgerinnen und Bürger umfassen. Diese Grundsicherung ist aus dem Budget zu finanzieren. Ein großer Teil der Bevölkerung wird sich nämlich eine private Vorsorge für diesen Fall nicht leisten können. Trotzdem steht im Regierungsprogramm, dass die Bedürftigen selbst für die Pflege zahlen müssten. Bis Ende Juni wollen Gusenbauer, Molterer und der neue Sozialminister einen Vorschlag vorlegen, der in diese Richtung gehen wird. Dabei sieht man schon jetzt am Beispiel der Pensionsvorsorge, das sogenannte berühmte Drei-Säulen-Modell, dass jene Menschen, die sich die private Pensionsvorsorge nicht leisten können, echt benachteiligt sind. Der Kuchen Pflegevorsorge ist natürlich für die Versicherungslobby ein logisches Betätigungsfeld, auf dem großen Profite winken. Die Gruppe der schon jetzt Älteren hätte keine Möglichkeit mehr, eine entsprechende Versicherungsleistung zu erwerben. Die private Vorsorge geht wieder zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft. In der medizinischen Versorgung haben wir ja bereits eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Wir müssen alles tun, damit der Pflegebereich nicht zum Tummelplatz von Gruppen und Konzernen wird, die nur die Erzielung von größtmöglichen Renditen im Auge haben. Vor der Nationalratswahl haben die beiden Parteien große Versprechungen gemacht, wie man den „Pflegenotstand“, unter Führungszeichen, laut Bundeskanzler Schüssel beheben werde. Nach der Wahl darf unter diesem Titel keine Massenbelastung großen Stils herauskommen. Die bereits von der Regierung angekündigte Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge macht ohnehin bereits 150 Millionen Euro aus, dies gebe ich bitte zu bedenken und wir stimmen natürlich auch dem Antrag vom Inhalt her zu. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pleyer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Pflegeversicherung, ich bin der Meinung, dass heute oder morgen wir alle einen gewissen Beitrag für das Alter berappen werde müssen. Ich bin deswegen der Meinung, weil die Menschen immer älter werden und es einfach nicht mehr finanzierbar sein wird. Denn, meine Damen und Herren, hier geht es ja nicht um den schwerkranken Menschen allein, hier geht es um die Angehörigen, die zuhause pflegen, die zur Zeit auch nicht die notwendige Absicherung haben, die auch Ansprüche an das Leben stellen und das alles zusammen, meine Damen und Herren, das gehört neu überdacht und geregelt. Und hier wird es notwendig sein, dass man sich bundesweit Gedanken macht über unser gesamtes Sozialhilfeproblem. Ich habe immer wieder gesagt, wir haben in Österreich neun Bundesländer, wir haben neun verschiedene Sozialhilfegesetze, es ist erst vor kurzer Zeit möglich gewesen, den Tierschutz zum Bundesgesetz zu machen, es war ja Ländersache, bis jetzt ist es nicht möglich, im Bereich Sozialhilfe das zu koordinieren und bundesweit zu machen, denn hier gibt es unterschiedliche Zugänge. Sie können Wien nehmen, dort gibt es eine Deckelung, wenn Sie Salzburg nehmen, die stehen weit besser da als wir Steirer und so gibt es auf diesem Gebiet einfach benachteiligte Staatsbürger, denn das eine Bundesland hat bessere Bestimmungen und das andere hat schlechtere. Und dazu kommt natürlich noch, dass viele junge Familien, gerade wenn die Eltern schwer krank werden, dass sie schwer pflegebedürftig sind, dass sie in ein Heim müssen, weil sie zu Hause nicht mehr zu pflegen sind, dann einfach dazuzahlen müssen, je nach ihrem Einkommen und das trifft natürlich junge Menschen sehr, sehr stark, das geht oft an die Grenzen der Machbarkeit. Und darum, meine Damen und Herren, bin ich eigentlich sehr froh, dass wir in unserer Stadt, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, ein ausgesprochen gutes soziales System haben. Wir haben in der Hauskrankenpflege sehr, sehr viel getan und sehr viel abgenommen. Ich denke zurück, früher sind oft ältere Menschen gekommen, wenn ich nur jemanden bekommen könnte, der mir zu Hause einmal die Fenster putzt, der mir einmal etwas einkaufen geht, das haben wir heute alles gedeckt, alles gemacht, das ist in der Hauskrankenpflege ist das alles machbar. Wir haben tolle Heime, wir kriegen jetzt das Krankenhaus II, wir können auf unser Sozialsystem in der Stadt wirklich stolz sein und trotzdem glaube ich, meine Damen und Herren, dass hier noch sehr, sehr viel zu machen ist und dass halt wir alle heute oder morgen auch dazu einen kleinen Beitrag dazuzahlen müssen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Dr. **Sprachmann**: Also ich beginne mein Schlusswort gleich mit einer Frage, und zwar an dich, Thomas, bist du Experte im Bereich der Pflegesicherung?

Zwischenruf GRin. Edlinger: Der Thomas ist für alles Experte.

Dr. **Sprachmann**: Thomas, bist du in der Lage, es betrifft nämlich deinen Vorwurf betreffend die Oberflächlichkeit von meinem Antrag, bist du in der Lage, ein Konzept hier für den Gemeinderat auszuarbeiten?

Zwischenruf GR. Rajakovics: Der Hauptverband ist der falsche Adressat.

Dr. **Sprachmann**: Du bist der Meinung, der Sozialausschuss und du als Ausschussvorsitzender, als Nicht-Experte, ist in der Lage, ein Konzept für eine künftige Pflegesicherung auf Bundesebene auszuarbeiten. Du gibst es zu, ich bin erst bei der Oberflächlichkeit, zum Hauptverband komme ich noch Thomas. Das heißt also, du bist als Vorsitzender des Sozialausschusses nicht in der Lage, ein Konzept für den gesamten Bund auszuarbeiten und mir wirfst du aber Oberflächlichkeit vor. Ich glaube, deine Fragestellung und deine Formulierung hebt sich jetzt selbst auf (*Applaus SPÖ*). Der zweite Punkt ist der Vorwurf betreffend, dass eine Absprache mit dem Hauptverband nicht notwendig ist. Ich würde ein bisschen differenzieren und zwar Hauptverband auf der einen Seite und die Expertengruppe im Hauptverband auf der anderen Seite. Es gibt eine Expertengruppe, die sich aus Vertretern des Landes, des Bundes, der Ministerien und natürlich auch der Hauptverband, Universitätsprofessoren, zusammensetzt und das wurde durch das letzte Regierungsprogramm durch die ÖVP zufällig im Hauptverband angesiedelt und dient der Beratung der Minister beziehungsweise Ministerinnen, das ist aber

unabhängig in Wirklichkeit von der tatsächlichen Meinung und Artikulierung im Hauptverband selbst. Das heißt, dieses Gremium, das absolute Expertengremium für Österreich ist, das kannst du hier eigentlich nicht negieren, vor allem, weil es die ÖVP ja dort angesiedelt hat. Deine Frage oder deine Redestellung hebt sich damit auch auf und der nächste Punkt, Pflege ist gesichert, also für mich ist nichts gesichert, wenn jemand, vor allem im Alter oder wenn er pflegebedürftig ist, abhängig ist von der Sozialhilfe, das ist keine Sicherheit. Zu dir, lieber Sepp Schmalhardt, da ist eigentlich eh wenig zu sagen, außer dass anscheinend die KPÖ das Regierungsprogramm wirklich auswendig versucht zu lernen und für sich zu interpretieren. Solle aber eher bei der Sache bleiben und gesamt gesehen, es ist viel gesagt worden, ich wehre mich gegen jede Art von einer privaten Pflegeversicherung, das war mein Schlusswort, ich ersuche um Abstimmung. Danke (Applaus SPÖ).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.

7) Obusse für Graz

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute stelle ich einen dringlichen Antrag zu einem zusätzlichen Verkehrssystem, das in vielen Städten, nämlich in 60 Städten Europas, eigentlich sehr, sehr gut angenommen ist und eines der umweltfreundlichsten Verkehrssysteme derzeit am Markt darstellt. Seit Jahren wissen wir: Die Immissionsbelastung in unserer Stadt hat ein gesundheitlich nicht

tolerierbares Ausmaß angenommen. Dabei ist es aus gesundheitlicher Sicht unwesentlich, ob die Emissionen, die bei jedem Verbrennungsprozess entstehen, durch den Verkehr, die Industrie oder durch den Hausbrand entstehen. Tatsache ist, dass die Milliarden kanzerogenen Ultrafeinstpartikel trotz aller gut gemeinter und zum Teil wirksamer Maßnahmen nicht gefiltert werden können. Diese Feinstpartikel, PM 2,5 und kleiner, gelangen nach wie vor in unsere Atmosphäre und stellen ein bedrohliches Potenzial dar. Dazu haben wir im Petitionstext an die Bundesregierung vom November 2006 festgehalten, dass aus, Zitat, umwelthygienischer Sicht insbesondere die Partikel unter 2,5 aerodynamischen Durchmessers zu beachten sind.

Das Gesundheitsrisiko wird auch noch dadurch verstärkt, als sich die im Maßnahmenkatalog vorgesehenen Fahrverbote sowohl der Stufe I als auch der Stufe II auf Dieselfahrzeuge ohne Partikelfiltersystem beziehen. Dabei wird den BenutzerInnen von Dieselfahrzeugen erfolgreich suggeriert, dass sie mit dem Einbau eines Partikelfilters ihren Obolus im Kampf gegen den Feinstaub geleistet haben. Und das ist ihnen auch nicht zu verdenken, lese ich doch in der letzten Ausgabe des „autotouring“ vom ÖAMTC, Zitat: „Rüstet man (ein Dieselauto) mit einem Partikelfilter nach, belasten die Diesel-Autos die Umwelt im Schnitt mit der Hälfte weniger Ruß, auf der Autobahn kann dieser Wert sogar bis zu 80% betragen.“ Und Zitat weiter: „Mit einem serienmäßigen Partikelfilter lassen sich Ruß-Emissionen eines modernen Diesel-Pkw fast zur Gänze eliminieren“ und genau das stimmt in dieser Vereinfachung überhaupt nicht. Also diese Behauptungen sind nur ein Teil der Wahrheit und ich meine, dass die Menschen ein Recht darauf haben, umfassend informiert zu werden, geht es doch um ihre Gesundheit und unser aller Beitrag zu einer Gesundung der Umwelt.

Es muss uns bewusst sein, dass das ökologische Gleichgewicht nur dann wieder herstellbar ist, wenn wir natürliche Gesetzmäßigkeiten respektieren, zum Beispiel, dass alles, was in die Luft gelangt, nicht verschwindet und der „Reinigungsprozess“ der Natur ungeheuer träge ist und Sünden, begangen vor Jahrzehnten, sich heute und in nächster Zukunft auswirken werden. Diesen Prozess müssen wir mit allen Kräften unterstützen, diesen Reinigungsprozess. Dass es im Grazer Gemeinderat ein hohes Niveau an Problembewusstsein dazu gibt, ist letztlich auch auf unser Grünes Engagement zurückzuführen. Mit unseren Informationen haben wir als Erste auf die

drohende Gefahr des Feinstaubes hingewiesen und bewirkt, dass der Gemeinderat den Gemeindeumweltausschuss für diese Problematik eingesetzt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der punktuellen Bemühungen in einigen wenigen Bereichen werden wir als Verantwortliche für eines der am schwersten belasteten Ballungszentren Österreichs nicht umhinkommen, unser System des öffentlichen Verkehrs weiter konsequent zu optimieren, das heißt, auch über neue Systeme und ihren praktischen Einsatz in Graz nachzudenken wie zum Beispiel Tram-Train-Systeme, wir haben heute auch schon eben über das S-Bahn-System und die Petition vom Kollegen Peter Mayr einstimmig verabschiedet, was wirklich ein sehr guter Schritt ist oder das in immer mehr Städten sowohl europaweit als auch darüber hinaus entstehende Obussystem. Wir müssen uns wendig erweisen, kreativ in den Lösungsansätzen sein und es muss uns politisch anspornen, mit Lust historisch gelegte Grenzen in unserer Stadt aufzubrechen und zu überwinden.

So habe ich mich in letzter Zeit mit den Obussen beschäftigt und bin vollends der Faszination dieses sanften, äußerst umweltkonformen Verkehrsmittels erlegen. Sagen Sie jetzt bitte nicht gleich: Das hatten wir ja schon, diese Diskussion kennen wir und wir haben schon einmal gesagt, das passt nicht für uns in Graz und das hat sowieso keinen Sinn und wir haben ja schon zwei Systeme, nämlich das Straßenbahn- und das Bussystem und ein drittes System verträgt es nicht. Bitte verfallen Sie nicht sofort wieder in diesen Reflex, den ich ja auch leider sehr gut kenne hier herinnen. Lassen Sie uns eher wirklich einmal gemeinsam darüber nachdenken, ob es nicht Sinn machen könnte, gerade wegen der zu Beginn meines Motivenberichts ausgeführten Hinweise auf die Luftsituation, dass Partikelfilter die Feinststäube eben nicht filtern und dass es im Moment kein System gibt, das diese Feinststäube herausholt und wirklich wirksam sein könnte. Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, wie wir sukzessive die Biodiesel-Busse, die ja auch starke Emittenten sind, obwohl sie nachgerüstet sind, vielleicht durch ein Obussystem ersetzen könnten.

Was spräche für dieses System, ich habe hier zwei Punkte, es sprechen viele Punkte dafür, zwei habe ich für mich herausgeholt.

1. In einem Artikel in den Salzburger Nachrichten vom 24.9.2005 lese ich:
„Dieselbusse hören sich wie Lastautos an und riechen auch so. Das sanfte Summgeräusch eines fahrenden Obusses stört keine Gartenparty. Thema Abgas: Der Salzburger Luft ersparen die Obusse 60.000 Tonnen Schadstoffe pro Jahr, errechnet nach dem fiktiven Dieserverbrauch der acht Obuslinien, wenn die alle Dieselbusse wären, 60.000 Tonnen Schadstoffe. Und weiter schreiben die Salzburger Nachrichten: „Dieselbusse haben eine Einsatzzeit von acht bis dreizehn Jahren. Obusse sind bis zu einem Vierteljahrhundert in den Städten unterwegs, ehe es Probleme mit dem Aufbau gibt. Das relativiert die höheren Kosten beim Ankauf.“
Obusse sind wendig, enge Gassen oder steile Straßen sind kein Problem. Gerade für Altstädte wie Graz.

2. Angesichts der sich zuspitzenden, auf Erdöl aufgebauten Energieknappheit – ExpertInnen meinen, dass Peakoil in etwa 40 Jahren erreicht werden wird – angesichts der enormen Abhängigkeit von Erdöl exportierenden Ländern, die allesamt in Krisengebieten angesiedelt sind und angesichts der nicht nur notwendigen, sondern auch klugen politischen Ausrichtung aller Parteien auf verstärkten Umstieg zu alternativen, erneuerbaren Energien wäre ein möglicher Einstieg in das sanfte Obussystem ein exzellentes Signal für unsere Umwelt, für die Gesundheit der Bevölkerung und für die Innovationsbereitschaft und somit auch für das Image der Grazer Stadtpolitik.

Daher stelle ich namens der Grünen Fraktion heute den

dringlichen Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen der Verkehrsabteilung des Magistrates Graz werden beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form sich ein Obussystem in Graz bewähren könnte und welche Finanzierungsmöglichkeiten es dafür gäbe,
2. die Ergebnisse der Prüfung aus Punkt 1. werden dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung im Herbst 2007 zur Beratung vorgelegt.

GR. **Slamanig** zur Dringlichkeit: Liebe Kollegin Binder, ich weiß, dass du sehr viel arbeitest in der Richtung und du hast genau gesagt, dass es Einwendungen geben wird, weil wir haben mit einem riesigen Aufwand 2001, glaube ich, die Systeme, die für Graz tragbar sind, wertvoll sind, abgeglichen. Also da waren damals, ich glaube, der Kollege Lozinsek war noch dabei und ein paar andere auch noch und herausgekommen ist, dass wir volkswirtschaftlich nicht vertretbar uns ganz deutlich gegen ein U-Bahn-System gewendet haben und dass sämtliche zusätzlichen modernen Systeme also unser Verkehrskonzeption überfordern würden. Faktum war, dass volkswirtschaftlich nicht vertretbar ist, ein zweites Verkehrssystem einzuführen. Jetzt nichtsdestotrotz ist meines Wissens durchaus wichtig, dass man wieder einmal nachschaut, ob es andere Ergebnisse, Möglichkeiten gegen die Feinstaubproblematik gibt, das ist durchaus vertretbar, deswegen werden wir dieser Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, weil wir uns dabei nichts vergeben. Aber ich würde dringend empfehle, also die Erkenntnisse, die damals hervorgebracht worden sind, 2001, dass man sich mit diesen Erkenntnissen noch einmal vertraut macht und dann in Anbetracht der Situation, dass die Grazer Verkehrsbetriebe in der geänderten Finanzsituation wirklich um ihre Substanz ringen, dass man sagt, bleiben wir bei einem System, das auf unseren Hauptmagistralen, also die Straßenbahn-Ausbaukonzepte zum Tragen kommt, weil das meines Wissens das Wichtigste ist und dass dort, wo unvermeidbare Verkehre am Rand stattfinden müssen, also Regional und im Tangentialbereich, dass man das mit Bussen, die noch umweltverträglicher wären, und dass wir uns darüber verständigen können, wie wir auf der schon in Gang gekommenen Verkehrsentwicklung versuchen, unsere Verkehrsprobleme zu lösen, weil ich glaube, dass es nicht einfach sein wird für jene Vorhaben, die wir ohnedies schon abgestimmt haben, also die erforderlichen finanziellen Mittel und Ressourcen wettzumachen und jedes zusätzliche System wird also zwangsläufig mit negativen Kosten auf dieses Verkehrssystem, was wir jetzt also verfolgen sollten, schlagen. Und deshalb habe ich meine Bedenken gegen ein drittes System, ich stehe dazu und würde vorschlagen, dass wir uns das zwar anschauen, aber prinzipiell bin ich der Meinung, dass wir auf der gültigen Orientierung, die wir seit 2001 verfolgen, weitermachen sollten (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 17.40 Uhr den Vorsitz.

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Sigi Binder! Ich möchte mich zunächst einmal anschließen an das, was der Kollege Slamanig gesagt hat. Ich habe bei meinem dringlichen Antrag heute auf das Schlusswort verzichtet, möchte aber jetzt, damit ich nicht falsch verstanden werden, das hier extra noch einmal erwähnen. Ich glaube etwas, was die Situation im ÖV oder in einer politischen Diskussion um den ÖV derzeit gerade besonders auszeichnet, ist die Tatsache, dass eigentlich auf Landesebene und auch in der Stadt die Diskussion um verschiedene Systeme, um die Richtung, um die Stoßrichtung im Infrastrukturausbauprogramm eigentlich geklärt ist. Das ist etwas, was vor mehreren Jahren noch nicht so der Fall war und wir jetzt in einer Situation sind, wo es eigentlich politisch weitestgehend Einigkeit gibt, was zu tun ist und ich deswegen auch optimistisch bin und der Dank auch deswegen an alle Fraktionen, dass wir hier auch weiterkommen in der Finanzierung, in dem Ausstellen von Finanzmitteln von Seiten des Landes und von Seiten des Bundes. Wir haben kurz bei dem Antrag vorher schon um die S-Bahn und das Konkurrenzprodukt, ich möchte es nicht so bezeichnen, Stadt-Regional-Bahn gesprochen, ich glaube, das ist wirklich eine technische Entscheidung oder eine Entscheidung der Fachleute, es ist eine Systementscheidung, aber wo ich auf die Meinung der Fachleute vertraue und wo derzeit zu hören ist, dass die Stadt-Regional-Bahn sehr interessant ist, aber als weiteres neues System zusätzliche Kosten verursacht, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht so gerechtfertigt sind, wie wenn man beim bestehenden System S-Bahn und Umsteigen auf die Straßenbahn ausbaut. Ähnlich ist jetzt hier unsere Haltung, wir haben das im Klub diskutiert, zu dem Thema O-Busse. Vielleicht zunächst einmal zu dem Umwelteffekt. Du hast natürlich vollkommen Recht, Dieselbusse sind nie vollkommen schadstofffrei. Man muss natürlich unterscheiden die Diskussion um Schadstoffe und die Diskussion um Feinstaub. Beim Thema Feinstaub haben die Grazer Verkehrsbetriebe enorme Anstrengungen gemacht, um einerseits einmal 100 % auf moderne Bio-Diesel-Busse umzusteigen, auf der anderen Seite wurde mit dem nachträglichen Einbau von Partikelfilter einiges erreicht, der nachträgliche Einbau ist natürlich nie so erfolgreich wie der Einbau ab Werk, aber doch ein sehr wichtigen

Vorstoß in diese Richtung, und was man ja nicht unterscheiden darf oder nicht vergessen darf, du sprichst ja nicht nur vom Thema Feinstaub, sondern von Schadstoffen an sich und hier muss man sagen, dass die Initiative in Richtung Bio-Diesel natürlich auf die CO₂-Bilanz bezogen natürlich schon ein Fortschritt ist und schon interessant ist. Darüber hinaus ist es ja nicht so, dass die O-Bus-Systeme jetzt vollkommen energiefrei laufen, sondern auch hier wird die Energie erzeugt in Kraftwerken, das kann jetzt sein, dass der O-Bus von Atomstrom bis genauso Strom aus Kraftwerken...

Zwischenruf GRin. Binder: Das kann man steuern.

GR. **Mayr:** Das kann man natürlich steuern, aber es ist natürlich auch nicht so, dass O-Busse oder das System an sich schadstofffrei ist beziehungsweise CO₂-neutral. Darüber hinaus muss man sagen, dass natürlich ein weiteres, ein drittes System, ein weiteres System Umstellungs- und neue Errichtungskosten mit sich bringt und auch der Betrieb von mehreren Systemen gleichzeitig höhere Betriebskosten nach sich zieht. Und all das zusammengenommen und eigentlich den Konsens bezüglich der System und der Stoßrichtung vor Augen und eigentlich dem nächsten Ziel, dem wir jetzt alles anhängen, wie finanzieren wir das alles, war jetzt unser Standpunkt, ja natürlich werden die Fachleute, und Martin Bauer ist zum Beispiel auf der Galerie und hat einen sehr interessanten Vortrag auf der Technik vor kurzem gehalten zu dem Thema. Ich glaube unsere Fachleute in der Stadt schauen immer sehr genau darauf, welche Systeme gibt es und welches der Systeme wäre jetzt für uns neu, interessant und einzusetzen. Aber in der derzeitigen Situation, glaube ich, ist es geprüft worden vor wenigen Jahren kurz und deswegen sind wir der Meinung, wir sollten bei dem Konsens, den es derzeit gibt, bleiben und gehen damit mit deinem Antrag nicht mit (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Liebe Sigi, auch wir werden nicht mitgehen und zwar aus dem einfachen Grund, die Systementscheidung ist vor wirklich nicht wenigen Jahren genau geprüft worden und wir haben uns zu diesen zwei Systemen entschlossen. Wir sind in einer Situation, wo man nicht einmal neue Straßenbahnen entsprechend dem Erfordernis kaufen kann und wo wir uns überlegen müssen und schauen, dass alle mittun, wie können wir weiter den öffentlichen Verkehr finanzieren, so wie wir ihn jetzt haben und daher glauben wir, wenn wir jetzt wieder alle möglichen Abteilungen beschäftigen mit Prüfungen, die wir dann ohnehin wieder in der Schublade versinken lassen müssten, weil wir es uns einfach nicht leisten können, werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt des Antrages unsere Zustimmung geben.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Meine beiden Kollegen Slamanig und Mayr haben argumentativ eigentlich alles auf den Tisch gelegt, was auf den Tisch zu legen war, ich möchte das nicht mehr ergänzen, das wäre jetzt schon Eulen nach Athen tragen. Wir kommen zu einem anderen Schluss als die österreichische Volkspartei, wir würden der Prüfung zustimmen und werden zustimmen auch der Dringlichkeit, weil ich denke, das ist einfach so eine Art Grundhaltung, die man immer wieder einmal hat, nämlich dass man neue Ideen auch gerade unter neuen Gesichtspunkten durchaus prüfen können soll. Der Unterschied nämlich zur Situation von 2001, die tatsächlich die Basis hergestellt hat, dieser Hülser-Studie für unsere Verkehrspolitik in Graz und über die besteht weitestgehend Konsens, ist das Problem Feinstaub, dass ist tatsächlich erst 2002/2003 aufgetreten und es ist durchaus in Ordnung, das System O-Busse unter diesen Gesichtspunkten, unter diesem spezifischen Gesichtspunkt eine Belastung, die halt besonders Graz hat, jetzt noch einmal zu prüfen. Persönlich habe ich allerdings die Ansicht, dass bei dieser Prüfung nicht allzu viel rauskommen wird, weil eben dieser Umstieg auf ein anderes System oder diese Ergänzung durch ein anderes System so verdammt teuer ist, dass er eine volkswirtschaftliche Prüfung das Ergebnis zeitigen wird, dass wir in dieser Schiene, in der wir jetzt fahren und das ist eine sehr richtige, sehr gut weiterfahren werden, nämlich den massiven Ausbau der Straßenbahn, eines strombetriebenen Systems mit allen Vor- und Nachteilen, Kollege Mayr hat es erwähnt, auch da kommt der Strom nicht aus der Steckdose, den massiven Ausbau des Systems Straßenbahn

betreiben werden, weiter unseren guten Bio-Diesel einsetzen werden und damit europaweit ein Vorreitermodell darstellen und zusätzlich, und das muss immer mehr betont werden, auf das Land Steiermark hoffen müssen im Ausbau der S-Bahn. Hier besteht ein besonderes Defizit und hier scheint es doch jetzt, wenn man den Worten der Frau Verkehrslandesrätin Glauben schenken darf, in den nächsten zwei/drei Jahren massive Bewegung zu geben. Das alles hängt an der Finanzierung und Finanzierbarkeit, sowohl die Grazer Vorhaben als auch die Landesvorhaben, es gibt von meiner Fraktion den Vorschlag, das Wiener Modell zu verfolgen mit der Nahverkehrsabgabe, es gibt einen sehr interessanten Vorschlag unseres Bürgermeisters, dieses Finanzierungsproblem zu lösen, ich glaube, der Herr Landeshauptmann hat richtig entschieden, dass jetzt einmal eine Arbeitsgruppe auf Landesebene über diese Finanzierungsmodelle nachdenkt und hoffentlich auf Landesebene oder Bundesebene ein richtiges Modell einführt. Ohne zusätzliches, frisches Geld werden wir uns beispielsweise diese rund 50 Millionen Euro, die das S-Bahn-System alleine in den Betriebskosten jährlich kosten wird, nämlich nicht leisten können. Es ist nicht finanzierbar aus den bestehenden Budgets, 50 Millionen kostet dieses S-Bahn-System, wie es Landesrätin Edlinger-Ploder kürzlich vorgestellt hat. Aber in diesem Sinne, dass man eben neue Ideen oder recycelte Ideen, sagen wir besser so, immer wieder einmal auch unter neuen Gesichtspunkten prüfen sollte, stimmen wir der Dringlichkeit und auch dem Antrag zu (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Budget und Arbeitsschwerpunkte der StadtsenatsreferentInnen

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder:** Mein nächster dringlicher Antrag bezieht sich auf die Budget- und Arbeitsschwerpunkte der StadtsenatsreferentInnen. Es war einmal eine Stadtpolitik, in der es nicht nur üblich, sondern vor allem auch ein Gebot der Stunde war, dass vor Beschlussfassung des Budgets im Dezember alle StadtsenatsreferentInnen den Gemeinderat über ihre jeweiligen Budget- und Arbeitsschwerpunkte in einem kurzen und prägnanten Papier informiert haben.

Für das Jahr 2007 sind in den Gemeinderatsklubs nur noch die Arbeitspapiere von den Stadträtinnen Kaltenbeck-Michl, Kahr und Monogioudis und etwas verspätet dann auch von Stadtrat Eisel-Eiselsberg eingelangt. Bei den drei Stadträtinnen habe ich mich dann noch gefragt, ob das auch mit Frauen zu tun hat, dass die die Sache in dieser Frage wahrscheinlich wesentlich ernster, wesentlicher transparenter nehmen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), aber natürlich Ausnahmen gibt es dann immer, Detlev. Weder der Bürgermeister selbst, noch der Vizebürgermeister oder die Stadträte Rüschi, Miedl oder Riedler haben sich bemüßt gefühlt, dem Gemeinderat als oberstem Organ der Stadt Graz Einblicke in die von ihnen geplante Arbeit zu geben.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ich habe eine Budgetrede gehalten.

GRin. **Binder:** Vorher zu informieren, Herr Stadtrat, damit man sich auch ein entsprechendes Bild machen kann und nicht erst zum gegebenen Zeitpunkt. Da wir auf diese Informationen nicht verzichten wollen und davon ausgehen, dass das auch für die übrigen Mitglieder des Gemeinderates gilt, es ist ja nicht nur eine Sache, die uns Grüne GemeinderätInnen betrifft, diese Sache betrifft ja bitte jeden von euch, ihr habt natürlich einen anderen Zugang, weil ihr ja auch in euren Reihen Stadträte habt, aber ich denke mir so abstrahieren kann man wohl auch von seiner privilegierten Situation, dass man sagt, im Grund genommen müsste das eine Notwendigkeit sein und vor allem eine Selbstverständlichkeit sein der Stadträte und Stadträtinnen, ihr

Programm vorher einmal darzulegen. Da wir auf diese Informationen also nicht verzichten wollen, stelle ich im Namen meiner Fraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Die säumigen StadtsenatsreferentInnen werden aufgefordert, bis zum Ende dieses Monats dem Gemeinderat ihre Budget- und Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2007 zu übermitteln, was ja jetzt nicht schwer fallen wird, denn ich nehme an, ihr habt ja alle wirklich ein Programm und ihr braucht euch nicht mehr den Kopf zerbrechen, das ist an sich ja alles vorhanden, ihr braucht es nur verschriftlichen und
2. die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die jährliche Information des Gemeinderates über Arbeits- und Budgetschwerpunkte der einzelnen Stadtsenatsmitglieder verpflichtend in den Organisationsvorschriften der Stadt Graz verankert werden können (*Applaus GR. Mag. Candussi*)

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Ich habe auch das seltene Vergnügen, nicht nur für die Grazer Volkspartei, sondern auch für die SPÖ hier etwas zu diesem dringlichen Antrag zu sagen. Wie du weißt, ist ja am 14. 12. des Vorjahres das Budget 2007 beschlossen worden hier. Im Rahmen dieser Budgetgemeinderatssitzung haben ja alle Stadtsenatsreferentinnen und –referenten zu ihrem Budget gesprochen und auch die Arbeitsschwerpunkte dargelegt. Allein aus diesem Grund ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass es hier eine Dringlichkeit geben soll, weil ich setze voraus, dass nicht nur du, sondern alle Mitgliederinnen und Mitglieder des Gemeinderates sehr aufmerksam meinen Kolleginnen und Kollegen zugehört haben und dadurch umfassend informiert sind über Arbeitsschwerpunkte und auch Budgets der einzelnen Ressorts. Deshalb erkennen wir keine Dringlichkeit für diesen Antrag und ich möchte schon noch festhalten, durchaus im Namen meiner

Kolleginnen und Kollegen, nachdem es sich hier um eine freiwillige Übung handelte und handelt, die durchaus zugegeben in den letzten Jahren auch so gelebt wurde, verwahre ich mich ein wenig dagegen, von Säumigkeit zu sprechen, es ist eine Freiwilligkeit und aus meiner Sicht durchaus auch eine Holschuld der jeweilig interessierten Mitglieder des Gemeinderates und keine Bringschuld der einzelnen Mitglieder des Stadtsenates, aber es ist, glaube ich, auch uns allen durchaus bewusst, dass es dieses Bedürfnis gibt. Wenn es im vergangenen Jahr nicht lückenlos funktioniert hat, dann ist es keine, so habe ich es in den Gesprächen bisher gehört, keine Böswilligkeit gewesen, sondern einfach ein Versäumnis und für mich persönlich möchte ich nur in Anspruch nehmen, wenn ich verspätet etwa abgebe, glaube ich, in dem Fall ist das nicht zutreffend, weil verspätet heißt zu spät, ich habe es ganz sicher vor dem Gemeinderat oder vor der Sitzung gemacht, also war es nicht zu spät. In dem Sinne zusammenfassend keine Dringlichkeit für den vorliegenden Antrag, aber durchaus die Bereitschaft, im kommenden Jahr das wieder anders zu machen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Es ist schon richtig, dass das nirgends festgeschrieben steht, wie wir die Budgetsitzungen abwickeln, aber wir haben uns auch daran gehalten, dass alle Fraktionen nur zwei Sprecher gehabt haben und nicht wie was früher war, dass da zwei Tage, bis spät in die Nacht hinein über das Budget gesprochen wurde und daher war es schon auch eine „Vertragstreue“, unter Anführungszeichen, gewesen, wenn wir vor der Beschlussfassung des Budgets gehabt hätten und ganz so, dass wir diesen Einblick, wie wir es früher gehabt haben, den haben wir heute nicht mehr so ganz, durch die Eckwertbudgetierung hat sich ja doch einiges geändert, wir stimmen daher der Dringlichkeit zu und auch dem Inhalt des Antrages.

GR. **Schmalhardt**: Auch im Namen unserer Fraktion möchte ich sagen, wir möchten auf das angenehme Service der Regierungsmitglieder zu den Budgetverhandlungen nicht verzichten, es ist sehr angenehm, wenn man ein kurzes Nachschlagewerk hat,

weil wie viele sind schon wirkliche Budgetexperten. Ich nehme das für mich nicht in Anspruch und es ist wirklich, einen Leitfaden für das jeweilige Fachbudget zu haben, ist sehr angenehm und darum bitten auch wir in Zukunft, diese Unterlage wieder bereitzustellen, aber wir werden der Dringlichkeit die Zustimmung geben.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) BürgerInneninformation Graz

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Bereits im Juni 2006 sind wir mit einer Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister, herangetreten, ob Sie eben bereit wären, die von Bürgermeister Stingl im Sinne der Demokratie gepflogene und vom Ihnen dann ad acta gelegte Praxis, allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen in jeder Ausgabe der BIG einen Platz für einen Kommentar einzuräumen, ob Sie das wieder aufnehmen würden. Die BIG ist immerhin die Zeitung der Stadt, also die Zeitung aller Grazerinnen und Grazer, unabhängig davon welcher Partei sie bei der letzten Wahl ihre Stimme gegeben haben. Und alle Grazerinnen und Grazer haben folglich auch ein Recht auf die im Gemeinderat vertretene Meinungsvielfalt. Dass es dieses Selbstverständnis anderswo gibt, zeigt zum Beispiel die Stadt Weiz in ihrer Stadtzeitung.

Da der Bürgermeister anlässlich unserer Anfrage keinerlei Entgegenkommen gezeigt hat, wir aber davon ausgehen, dass die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion ebenso wie die nicht in der Stadtregierung vertretenen Fraktionen ein Interesse an

der Fortsetzung des diesbezüglich fairen Kurses des Altbürgermeisters Stingls haben und ein Wahljahr Grund genug für die Dringlichkeit des Anliegens sein muss, stellen wir heute den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit hat hinkünftig dafür Sorge zu tragen, dass in jeder Ausgabe der BIG für alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ein angemessener Platz für einen redaktionellen Beitrag ihrer Wahl oder für einen Beitrag zu einem der Ausgabe entsprechenden Thema vorgesehen wird.

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Ich darf auch für die Fraktionen von ÖVP und SPÖ kurz Stellung nehmen zu dem Antrag. Die BIG ist tatsächlich eine Zeitung, die die Leistungen des Magistrates, der Stadtverwaltung positiv auch an die Bürgerinnen und Bürger bringen soll und daher ist seit 2003 großer Wert gelegt worden darauf, dass vor allem inhaltliche Themen gebracht werden, die die Stadt Graz positiv erledigen konnte und es ist, wir haben schon einmal darüber diskutiert, auch gesagt, es wird kein Einfluss auf die Redaktion genommen, es sind jederzeit auch Hinweise oder Ideen von Seiten jeder Fraktion möglich, um redaktionelle Beiträge in der BIG zu gestalten und auch entsprechend objektiv zu beleuchten.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das ist nicht die Zeitung der Stadtregierung, in keiner Form.

GR. **Rajakovics:** Im Gegensatz zur vorherigen Vorgangsweise, gibt es nur mehr einen Kommentar, einen politischen. Gesamt waren es früher einmal zwei Seiten und zwei Spalten, die für solche Kommentare zur Verfügung gestanden sind, die jetzt für redaktionellen Themen beziehungsweise auch für Inserate zur Verfügung stehen, weil die BIG ja auch aufgefordert ist, entsprechend auch finanzielle Mittel selbst zu lukrieren, um das Erscheinen zu rechtfertigen. Der Vergleich mit anderen uns zur Verfügung stehenden Städtezeitungen zeigt, dass es nicht mehr zeitgemäß ist, Vertreterinnen der Stadtpolitik in Form von Kommentaren zu Wort kommen lassen, wohl aber ihre politischen Aktivitäten usw. inhaltlich so darzustellen. In der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit wurde jetzt auch ein Softrelaunch wieder erstellt und ab 19. Mai 2007 wird die BIG in einem anderen Layout und mit völlig neuem redaktionellen Konzept erscheinen. Dieser Relaunch wird auch von einem bekannten Medienfachmann gecoacht. Ab der ersten Ausgabe 2007 gibt es auch eine Zusammenarbeit mit den Beteiligungen der Stadt Graz, Messe, Graz Tourismus, Stadtwerke, GBG, um die Bürgerinnen und Bürger über die Leistungen des Konzerns Graz zu informieren und daher werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schmalhardt:** Im Namen unserer Fraktion möchte ich ausführen, dass es für mich und für uns unverständlich ist, dass ein Informationsblatt der Stadt nicht den politischen Parteien hier im Haus zur Stellungnahme über Gemeinderatsprobleme oder Probleme für die Bürger der Stadt Graz hier, das an alle Haushalte geht, Stellung zu nehmen. Darum werden wir der Dringlichkeit die Zustimmung erteilen.

GRin. Mag. **Uray-Frick:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht die Zustimmung erteilen, weil wir glauben, dass es einfach den Grazerinnen und Grazern nicht zumutbar ist, diese ständigen Hickhacks, die da, ihr wisst ja genau, was da drinnen gestanden ist und die Opposition hat den Regierenden eins drübergehaut und hat gesagt, was alles schlecht ist, wenn ihr glaubt, dass man damit bei den Bürgern was gewinnen kann, wir haben alle unsere

Medien, wo wir unsere Medien, wo wir unsere Dinge transportieren können. Für die Opposition ist es ein bisschen schwieriger, aber es wäre auch schön, wenn die Regierungsparteien, insbesondere der Bürgermeister, sich ein bisschen in den Hintergrund nimmt in der BIG und wirklich eine Darstellung der positiven Tätigkeit der Verwaltung wird in diesem Relaunch.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Sicherheitsgesellschaft

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Obwohl die Polizei in Graz sehr gute Arbeit leistet, ist doch allgemein bekannt, dass durch den Personalmangel vieles unberücksichtigt bleiben muss und für die Sicherheit mehr getan werden könnte. Ich finde, es ist höchst an der Zeit, dass die Stadt Graz unterstützend eingreift. Wie das gehen könnte, zeigt die Stadt Mödling vor.

In Mödling wurde eine „Kommunale Sicherheits- und Service GmbH“ gegründet. Gesellschafter sind die Stadt Mödling und private Firmen. Gemeinsam werden neue Wege im Bereich der Sicherheit beschritten. Das Ziel sind sichere Einkaufsstraßen, Plätze und Parks, durch regelmäßige Kontrollen und Präsenz von Sicherheitspersonal, den sogenannten ServiceGuards. Zusätzlich gibt es sichere Verkehrswege, Schulwege und somit weniger Verletzte im Straßenverkehr, dazu kontrollierte Parkgaragen und weniger Vandalismus. Das Unternehmen erbringt jene Dienstleistungen, die früher der Polizei zugefallen sind und spielt diese dadurch frei.

Das System ist in seiner Grundüberlegung schon ausgezeichnet, lässt sich aber auch ohne weiteres beliebig ausweiten. Beispielsweise könnte ich mir vorstellen, dass das Unternehmen von privaten Geschäftsleuten, Siedlungen oder privaten Hausbesitzern zur Überwachung in Urlaubszeiten oder in den Nachtstunden in Anspruch genommen werden kann. Im Notfall könnten die Service Guards auch über Funk oder Mobiltelefon zu Hilfe gerufen werden. Während der Geschäftszeiten patrouillieren diese Serviceunternehmen, deren Aufgabe es auch ist, Radfahrer oder Hundebesitzer auf bestehende Verordnungen hinzuweisen. Bei uns in Graz gibt es eine Vielzahl an Verordnungen, die mangels Exekution zahnlos sind.

Durch die Auslagerung spart einerseits die Stadt bares Geld ein, andererseits wird durch das Unternehmen, an dem die Stadt ja beteiligt ist, aufgrund der eingehobenen Strafen oder auch aufgrund der erbrachten Dienstleistungen für Private wieder Geld eingenommen und kann in weitere Sicherheitsmaßnahmen investiert werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass von der Stadt Graz geprüft werde, unter welchen Voraussetzungen die Einrichtung einer Sicherheitsgesellschaft nach Mödlinger Vorbild in Graz umgesetzt werden könnte.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als Sicherheitssprecher der SPÖ-Fraktion darf ich mich dazu auch zu Wort melden und es freut mich auf der einen Seite, wenn der Kollege Korschelt in seinem Motivenbericht davon spricht und uns insofern auch Recht gibt, dass wir einfach in Graz zu wenig Polizei haben und das freut uns auch ganz besonders, dass er unsere Initiativen, die wir ja seit Monaten oder Jahren auch in diesem Hause ja immer wieder zum Ausdruck bringen, einfach unterstützt. Nur einen großen Unterschied gibt es in unseren Bemühungen um mehr Sicherheit und mehr Ordnung in dieser Stadt,

nämlich ihm geht es eben in Richtung einer privaten Institution, einer Gesellschaft und wir meinen einfach, dass Sicherheitsordnungsfragen Angelegenheiten sind, die bei der Behörde zu belassen sein sollen und auch dort bleiben sollen und in erster Linie diese Fragen nicht jetzt irgendwelche Organisationen übernehmen sollen, sondern dass das hier in geregelten Bahnen abläuft. Wie jeder in diesem Haus, glaube ich, noch sich gut erinnern kann und es ist ja nicht einmal Thema gewesen hier in diesem Haus, gibt es ja zahlreiche Initiativen von unserer Fraktion in Richtung Installierung eines Ordnungsamtes, das natürlich viele dieser Fragen beantworten würde und ich denke hier vor allem auch an unseren letzten Antrag, den wir in diesem Zusammenhang im September des Vorjahres eingebracht haben und wo wir ja gefordert haben, dass es in diesem Zusammenhang eine Vorlage eines Umsetzungskonzeptes geben müsste und dieser Termin ist ja auch genannt worden mit Ende Jänner. Das heißt, Magistratsdienststellen arbeiten momentan an der Erstellung eines Konzeptes in Richtung Ordnungsamt, hier wird ja demnächst dieses Ergebnis in diesem Haus auch präsentiert werden. Ich denke andererseits daran, dass es ja auch von einer anderen Fraktion einen Antrag gegeben hat, eine Initiative gegeben hat, inwieweit könnte man die Kompetenzen der Parkwächter denen möglicherweise angleichen der Berg- und Naturwacht, also es passiert ja einiges in Richtung mehr Sicherheit, mehr Sicherheitsgefühl für die Grazer Bevölkerung und ich gebe jedem Recht, der vielleicht auch hier behauptet, es könnte schneller gehen und auch wir wären interessiert und sind nach wie vor sehr interessiert, dass gerade das Ordnungsamt relativ rasch in Angriff genommen wird und dass das zu laufen beginnt. Wir wollen also als SP-Fraktion nicht weitere Prüfanträge an die Beamten hier stellen, weil sie derzeit einige andere Anträge ja gerade prüfen in diesem Zusammenhang, wir wollen nicht unbedingt jetzt Doppelgleisigkeit, hier eine Aufwertung der Kompetenzen für gewisse Personen, Magistratsbedienstete in dieser Stadt, andererseits eben die Prüfung des Ordnungsamtes und jetzt soll noch eine Prüfung daherkommen einer anderen Gesellschaft und wir sind vor allem nicht unbedingt für die Installierung von Gesellschaften, von Vereinen, ob das Personengesellschaften sind, ob das Kapitalgesellschaften sind, ob das irgendwelche Vereine sind, mag es auch da oder dort ähnliche Beispiele in Österreich geben, dann ist das nicht unser Zugang. Wir wollen mehr Polizei, dazu bekennen wir uns hier und heute und wir wollen vor allem ein Ordnungsamt und in diesem Sinne müssen wir leider, lieber Harald, deinem Antrag und der Dringlichkeit

deines Antrages hier ablehnend gegenüberstehen, weil wir einfach andere Prioritäten sehen und wie gesagt, in diesem Sinne bitte ich auch gleichzeitig um rasche Inangriffnahme unseres geforderten Ordnungsamtes (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Kollege Korschelt, der diesen Antrag heute eingebracht hat. Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass die Polizei in Graz sehr gute Arbeit leistet. Ich bin ganz bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass das Sicherheitsempfinden der Grazerinnen und Grazer auch zu Recht ein wenig verbesserungswürdig ist, ich gebe Kollegen Eichberger auf ganz weiten Strecken Recht, wir sind als Grazer Volkspartei mit unserem Bürgermeister an der Spitze in der Vergangenheit schon sehr für die Sicherheit in dieser Stadt eingetreten. Ich erinnere an unsere unzähligen, möchte ich fast sagen, aber einige waren es doch, Anträge zum Landessicherheitsgesetz, Kollege Eichberger war damals noch nicht im Gemeinderat, dann wäre die SPÖ vielleicht dafür gewesen damals auch schon, aber jetzt bin ich sehr froh, dass du da bist und anscheinend ein gewichtiges Wort in deiner Fraktion mitzureden hast, das freut mich sehr. Das heißt, in Zukunft können wir auch in sicherheitspolitischen Fragen gemeinsam arbeiten. Wir haben mit dem Kollegen Stadtrat Miedl jemanden, der einem oder anderen säumigen KollegIn im Stadtsenat auch in Fragen des Jugendschutzes und damit auch der Sicherheit helfend zur Seite steht, das ist einmal was, da wird was getan, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*). Wir haben, und das hat Kollege Eichberger sehr treffend ausgeführt, in der Vergangenheit im Wesentlichen zwei Anträge hier in diesem Haus beschlossen, das eine ist der Antrag auf Ordnungsamt, gut, wird geprüft und das andere ist eine Petition vom Kollegen Rajakovics an die Landesregierung mit eben der Kompetenzerweiterung unserer Parkwächter. Diese beiden Anträge, Herr Kollege Korschelt, würde ich gerne abwarten, was da herauskommt. Wir schließen im Gegensatz zur SPÖ nicht kategorisch aus, sich neuen Möglichkeiten auch zu öffnen, nur warten wir einmal ab, was da herauskommt und dann reden wir weiter. Ich glaube, dass wir mit den beiden Anträgen, die vorliegen, auf einem guten Weg sind, daher heute nicht böse sein, heute werden wir der Dringlichkeit keine Zustimmung geben, aber ansonsten sind

wir, wie immer, natürlich selbstverständlich erster Ansprechpartner in Fragen der Sicherheit in unserer Landeshauptstadt (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.